

Sozial und Demokratisch.

Anpacken. Für Deutschland.

Das Regierungsprogramm der SPD



SPD

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| I. Ein neues Jahrzehnt | 5 |
| 1. Zeit für Entscheidungen | 5 |
| 2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft | 7 |
| 3. Deutschland ist stark | 11 |
| 4. Unsere Ziele | 12 |
| II. Unsere Politik | 15 |
| 1. Wohlstand erhalten und sichern | 15 |
| 2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität | 24 |
| 3. Gute Arbeit sichern | 30 |
| 4. Bildung ist Menschenrecht | 39 |
| 5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert | 45 |
| 6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft | 49 |
| 7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen | 55 |
| 8. Die soziale Gesellschaft im Wandel | 59 |
| 9. Die Soziale Einheit vollenden | 67 |
| 10. Sicher leben in Deutschland | 68 |
| 11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur | 73 |
| 12. Kultur und Medien | 76 |
| 13. Mehr Demokratie wagen | 79 |
| 14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft | 81 |
| 15. Ein starkes und soziales Europa | 85 |
| 16. Weltweit für Frieden und Abrüstung | 89 |
| III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland | 93 |

I. Ein neues Jahrzehnt

1. Zeit für Entscheidungen

Am 27. September 2009 entscheidet sich, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Wem die Menschen sich anvertrauen. Wem sie zutrauen, dass er unser Land sicher durch die Krise führt. Dass er für Arbeitsplätze kämpft und die Wachstumskräfte stärkt. Dass er über einen klaren Kompass verfügt, in unruhigen Zeiten Kurs hält und Sicherheit gibt.

Aber es entscheidet sich noch viel mehr. Es entscheidet sich, wie es nach der Krise in unserem Land weitergeht. Ob daraus ein Aufbruch zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wird. Ob Verantwortungsgefühl und Vernunft wieder die Oberhand gewinnen. Ob wir die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen und den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen. Ob wir ein nachhaltiges Deutschland schaffen, das ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen herstellt. Es entscheidet sich, ob wir eine solidarische Gesellschaft sein wollen, in der die Starken größere Lasten tragen und die Schwachen wirkliche Chancen bekommen, stark zu werden. Und ob die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind, mit ihren Kindern in unserem Land eine gute Heimat finden.

Viele sagen: „Diese Krise war ein Betriebsunfall. Lasst ihn uns beheben, dann geht es weiter wie bisher.“ Diese Auffassung ist falsch! Denn diese Krise ist mehr als ein normaler Konjunkturereinbruch. Sie ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Und deshalb muss unsere Antwort mehr als ein Konjunkturprogramm sein. Wir stellen fest: Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Die Beantwortung der Verteilungsfragen im sozialdemokratischen Sinne stärkt unsere Demokratie und unsere Soziale Marktwirtschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Soziale Demokratie. Und das heißt auch: Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden alle Menschen ein, mit uns gemeinsam den Weg der Erneuerung zu gehen.

Denn darum geht es: Kraftvolle Erneuerung für unser Land!

Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot an die gesamte Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die unser Land besser, gerechter und menschlicher machen wollen. An alle, die sich den Grundsätzen der Fairness und der Solidarität verpflichtet fühlen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern sagen wir:

Wir wissen, wie hart ihr für euch und eure Familien arbeitet. Wir machen euch ein faires Angebot: Mehr Unterstützung für Familien und für bessere Kindergärten und Schulen, ein einfacheres Steuersystem. Wir wollen, dass sich Ältere im öffentlichen und politischen Leben ohne Einschränkung beteiligen und ihre Lebenserfahrung einbringen können.

Wir wissen, dass manche Hilfe brauchen. Wir lassen niemanden allein. Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, einen gerecht bezahlten Arbeitsplatz haben und Aufstieg durch Bildung möglich ist.

Wir wissen, dass es viele langfristig denkende Unternehmer und Manager gibt, für die Leistung und Verantwortung zusammengehören. Wir wollen mit ihnen dafür sorgen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient. Helft mit, dass unser Bildungssystem besser wird. Und lasst uns gemeinsam die Wirtschaft erneuern und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Uns eröffnet sich eine historische Chance, wie sie sich vielleicht nur einmal in einer Generation ergibt. Wir können die Idee der Sozialen Marktwirtschaft neu begründen. Und diese Chance wollen wir nutzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten zehn Jahren in der Regierung gezeigt, dass wir den Mut zur Verantwortung haben. Wir sind schwierigen Entscheidungen nicht ausgewichen. Wir haben seit 1998 die Fenster mutig aufgestoßen und das Land positiv verändert:

- Deutschland hat sich als Friedensmacht in Europa und der Welt bewährt.
- Deutschland ist moderner und weltoffener geworden – der Mief der Kohl-Jahre ist überwunden.
- Deutschland ist internationaler Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels und hat sich für den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden.
- Deutschland hat seine sozialen Sicherungssysteme durch mutige Reformen zukunftsfähig gemacht.

Wir haben in dieser Zeit nicht alles richtig gemacht und manches noch nicht erreicht. Aber unser Kompass ist intakt, die Richtung stimmt. Jetzt nehmen wir einen neuen Anlauf.

Jubiläumsjahr 2009: Erinnern und der Blick nach vorn

In diesem Jahr erinnern wir uns und wir schauen nach vorne. Vor zwanzig Jahren haben mutige Frauen und Männer im Osten Deutschlands durch ihren friedlichen Widerstand die Einheit unseres Landes möglich gemacht. Viel ist in den vergangenen Jahren erreicht worden, viel ist noch zu tun. Wir wollen die soziale Einheit vollenden und die Schritte entschlossen gehen.

Vor 60 Jahren wurde nach dem furchtbaren Terror der Nazis und dem Krieg, der von Deutschland ausging und der Europa verwüstete, auch unser Land neu aufgebaut. Mit dem Grundgesetz haben wir eine demokratische Verfassung, die ein lebendiges, forderndes und humanes Fundament unseres Zusammenlebens ist. Das Grundgesetz bestimmt die Prinzipien unseres Zusammenlebens. Dahinter darf niemand zurück. Klarer und besser geht es nicht:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
- Eigentum verpflichtet.
- Wir sind ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Wir wollen ein Land und eine Gesellschaft, die nach den Regeln des Grundgesetzes leben und die diesen Regeln Achtung verschaffen, wo es sich als nötig erweist.

2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft

Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Das unverantwortliche und zum Teil skrupellose Handeln an den internationalen Finanzmärkten hat die Welt in eine schwere wirtschaftliche Krise gestoßen. Deutschland als eines der wichtigsten Industrieländer bleibt davon nicht verschont.

Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt und unzählige Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere bei ihrer bedenkenlosen Renditejagd hinterlassen haben. Die Aufgabe der Politik ist es, die Folgen zu bewältigen und eine Wiederholung dieser Krise auszuschließen.

Sicherheit und Gerechtigkeit: Handeln in der Krise

Mit dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt haben wir die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft gesichert und den Kollaps verhindert. Frank-Walter Steinmeier hat gleichzeitig die Initiative für einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze ergriffen.

- **Sicherheit schaffen.** Die Bundesregierung hat auf unsere Initiative hin die privaten Spareinlagen garantiert. Niemand muss sich Sorgen um seine Sparguthaben machen.
- **Impulse setzen.** Mit den beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro geben wir kräftige Impulse für das Wachstum, die vor allem in den Kommunen ankommen und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen sichern.
- **Arbeit sichern.** Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizieren statt entlassen – das ist unser Prinzip. Wir werden die Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine bessere Zukunft.
- **Arbeitslose unterstützen.** Wir kümmern uns um diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Wir brauchen deshalb mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern – und bessere Vermittlung. Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden. Wo in Unternehmen trotz aller Anstrengungen der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden kann, helfen Transfergesellschaften. Sie sind der sozialpartnerschaftliche Weg, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf dem Arbeitsmarkt neu orientieren können. Deshalb werden wir sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Transfergesellschaften eine intensive Unterstützung und Qualifizierung erhalten. Ihnen müssen alle Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik offen stehen.
- **Lasten gerecht verteilen.** Die Lasten der Krise dürfen nicht einseitig den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden. Wir brauchen einen solidarischen Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt.
- **Neue Regeln durchsetzen.** Die Finanzmärkte brauchen neue Regeln. Die Gier muss gestoppt werden. Wir haben im nationalen Rahmen erste Regeln durchgesetzt und erreichen nun auch – nach vielen Jahren der Anstrengungen sozialdemokratischer Finanzminister – Fortschritte im internationalen Rahmen. Aber es wird noch ein langer Weg sein, bis das Primat der Politik durchgesetzt ist.

Jetzt bewährt sich, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer auch auf die industrielle Basis Deutschlands gesetzt und anders als Teile der Union und der FDP den Charakter Deutschlands als Industrieland nie in Frage gestellt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir auf Innovation und die konsequente Modernisierung unserer Volkswirtschaft gesetzt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir den deutschen Arbeitsmarkt durch Reformen krisenfechter gemacht haben.

Aber: Politik darf nicht nur reparieren, Politik muss vorausschauend handeln, Ursachen der Krisen erkennen und beseitigen. Der Marktradikalismus ist weltweit gescheitert und damit auch die Politik maßgeblicher Teile von Union und FDP.

Neustart der Sozialen Marktwirtschaft

Die Jagd nach immer höheren Renditen, die Kurzfristorientierung in Teilen der Wirtschaft, die Maßlosigkeit bei der persönlichen Vergütung ist lange Jahre für normal erklärt worden. Der Gier sollten keine Grenzen gesetzt werden. Der Marktradikalismus hat dieses Unwesen zur Grundbedingung des Wirtschaftens erklärt. Jeder Versuch, Regeln, Transparenz und Kontrolle durchzusetzen, wurde als falsche Einmischung in das freie Spiel der Kräfte denunziert.

Wir setzen auf den handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare Regeln für die Soziale Marktwirtschaft setzt.

Ein **Neustart der Sozialen Marktwirtschaft** muss eine Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sein. Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns mehr als Ordnungspolitik. Einem wirklichen Neustart legen wir **zehn Grundprinzipien** zugrunde:

1. **Märkte müssen in eine starke und solidarische Gesellschaft eingebettet sein.** Unsere Wirtschaft braucht eine Gesellschaft der gleichen Rechte und gleichen Chancen. Das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft unter Einbeziehung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften ist Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Heute zeigt sich, dass die **Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen** ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor ist.
2. Ein **handlungsfähiger Staat**, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantiert. Es ist originäre Aufgabe des Staates, über eine gute Bildung die Grundlage für individuelle Chancen und gesell-

schaftlichen Wohlstand zu schaffen. Ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Dafür braucht der Staat verlässliche Einnahmen und konsolidierte Finanzen.

3. Die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
4. **Das Prinzip „Investition statt Spekulation“**. Artikel 14 unseres Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet“. Darum sind Regeln erforderlich, die darauf hinwirken, dass Kapital „produktiv“ verwendet wird und den Interessen des Gemeinwohls dient. Der Staat hat durch eine strategische und ökologische Industriepolitik Möglichkeiten, Anreize dafür zu schaffen, dass Kapital in zukunftsfähige, ökologisch verträgliche Wachstumsfelder fließt.
5. **Öffentliche Zukunftsinvestitionen** spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.
6. Deutschland ist eine starke Exportnation und soll es bleiben. Doch ebenso wichtig ist die Kaufkraft im Inneren. Wir brauchen eine **Balance zwischen Exportstärke und Binnenmarkt**.
7. Eine **Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit**. Die Soziale Marktwirtschaft steht einer dynamischen Wirtschaft und freiem Unternehmertum nicht entgegen. Doch eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, Rahmenbedingungen und Anreize für die Marktteilnehmer so zu setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt als nicht nachhaltiges Verhalten.
8. Ein **fairer Wettbewerb** um bessere Ideen und Produkte. Wo mithilfe von niedrigen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen konkurriert wird, verlieren am Ende alle. Wir brauchen eine neue Phase der Kooperation statt nur der Konkurrenz.
9. Die **Garantie sozialer Bürgerrechte** durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und einen Mindestlohn für Arbeit.
10. Diesen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf **europäischer und internationaler Ebene** Geltung verschaffen.

Manches davon wurde in der jüngeren Vergangenheit infrage gestellt. Doch „Zeitenwende“ bedeutet: Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als einen Neustart für die Soziale Marktwirtschaft – in Deutschland, in Europa und international.

Ein solcher Neustart setzt voraus, eine oft marktradikal verengte Sichtweise auf die Wirtschaft zu überwinden. Dies ist nicht nur Aufgabe der Politik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern, mit Wissenschaft und Verbänden eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, wie wir uns eine Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts vorstellen. Hierzu gehört auch, dass sich die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung praxisorientierter, pragmatischer und internationaler ausrichtet.

3. Deutschland ist stark.

Unser Land ist stark.

Wir sind stark auch im Wandel. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schwierige Herausforderungen gemeistert und unser Land gemeinsam immer wieder auf die Höhe der Zeit gebracht.

Wir sind dazu in der Lage, weil wir mit dem Sozialstaat Sicherheit geben und Solidarität im Land organisieren. Weil wir dem Markt sittliche Ziele und faire Regeln geben. Und weil wir eine lebendige und aktive soziale Gesellschaft sind, in der sich viele Menschen engagieren und mit anpacken.

Angesichts der historischen Tiefe und Schwere der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise werden wir im Herbst anhand der dann gültigen Wirtschaftsdaten prüfen müssen, welche unserer vorgeschlagenen Maßnahmen sofort realisiert werden können und welche erst im Laufe der Legislaturperiode.

Fortschritt ist unser Ziel. Fortschritt, um Wohlstand auf hohem Niveau für alle zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Sozial gerecht, fair verteilt, nachhaltig und ökologisch verantwortlich.

Deutschland braucht neue Gemeinsamkeit. Wir tragen mit unserer Politik dazu bei. Gemeinsamkeit ist eine zentrale Triebkraft für den sozialen Fortschritt in unserem Land. Das gelingt, wenn alle ihren Beitrag leisten und die Regeln für alle gelten. Niemand darf sich aus der Verantwortung stellen.

Unser Deutschland soll ein Land sein, in dem Fairness gilt.

4. Unsere Ziele

Frank-Walter Steinmeier: Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler.

Frank-Walter Steinmeier soll Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein. Der vierte sozialdemokratische in unserer Geschichte. Drei sozialdemokratische Bundeskanzler vor ihm haben die Republik mitgeprägt und in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen und Mut bewiesen. Sie haben dem Land gut gedient und es vorangebracht.

Willy Brandt hat mit der Ostpolitik die Grundlage gelegt für die Überwindung der Blockkonfrontation. Er hat mehr Demokratie gewagt.

Helmut Schmidt hat unser Land mit klarem Kurs durch schwierige Zeiten gesteuert und das Ökonomische und das Soziale sinnvoll verknüpft.

Gerhard Schröder hat unser Land vor dem Irakkrieg bewahrt, den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende eingeleitet und Deutschland mit einer entschlossenen Reformpolitik auf einen guten Weg geführt.

Wir brauchen in den kommenden Jahren wieder einen sozialdemokratischen Kanzler.

Einen Kanzler, der mit klaren Überzeugungen führt und nicht nur moderiert.

Einen Kanzler, der Mut zum Entscheiden hat.

Wohlstand für alle – auf hohem Niveau – dauerhaft

- Wir werden es schaffen, wenn wir die Leistungsfähigkeit unseres Landes garantieren und Gute Arbeit für alle zum zentralen politischen Ziel machen. Die Potenziale sind vorhanden. In den Unternehmen und bei den Fachkräften.
- Wir werden es schaffen, wenn das kommende Jahrzehnt das Jahrzehnt der Investitionen in Bildung und Forschung wird.
- Wir werden es schaffen, wenn unsere Politik sich an dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit orientiert. Wir sind mitverantwortlich auch für die kommenden Generationen.

Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit: das sind die Triebfedern des Fortschritts in der kommenden Zeit.

Wir sind ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat und wollen es bleiben.

Dafür ist der handlungsfähige Sozialstaat unverzichtbar. Er ist zukunftsfähig und überlegen gegenüber anderen Modellen, die Absicherung im Alter, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit privatisieren wollen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Weg. Auf Wohlstand ausgerichtet, dem Sozialen verpflichtet, unverzichtbar, nicht nur in unserem Land, sondern auch in Europa und weltweit.

Die Sozialpartnerschaft ist die gemeinsame Verantwortung von Unternehmen und Gewerkschaften. Sie trägt entscheidend zum sozialen und inneren Frieden in Deutschland bei.

Die soziale Gesellschaft ist das Feld, in dem Bürgerinnen und Bürger besonders intensiv Verantwortung übernehmen und aktiv mitmachen.

Die soziale Stadt ist der Lebensort. Heimat, Ausgangspunkt für ein mobiles Leben, Ort, an dem Lebensqualität erfahren und gelernt wird.

Dies ist unser Deutschland. Ein Land, das friedfertig seinen Platz und seine Verantwortung in Europa und der Welt wahrnimmt.

Das neue Jahrzehnt stellt uns vor viele Aufgaben. Aber acht Ziele stehen für uns im Mittelpunkt:

1. Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt. Weil Arbeit eine so zentrale Rolle spielt, bleibt Vollbeschäftigung ein Ziel, das eine Soziale Marktwirtschaft nicht aufgibt, weil sie ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in schwierigen Zeiten die Perspektive auf persönliche Entfaltung und Wohlstand gibt. Dazu brauchen wir erfolgreiche Unternehmen und starke Belegschaften.
2. Alle Jugendlichen sollen einen Schul- und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.
3. Der Klimawandel fordert uns alle. Nachhaltig leben und wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen. Deutschland soll die Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden – das schafft neue Jobs.

4. Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen tragfähig ist. Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.
5. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Arbeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Gleichberechtigung muss zur Gleichbehandlung und tatsächlichen Gleichstellung führen.
6. Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen. Sie brauchen besondere Förderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, Schule und Beruf möglich wird.
7. Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als ein wichtiger Teil Europas. Dieses Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben. Europa steht international für Frieden, Kooperation und fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.
8. Wir müssen unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht neu erfinden. Die Soziale Wirtschaftsordnung als Wirtschaftsordnung einer Sozialen Demokratie hat sich bewährt. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell unseres Wohlstand und unserer Demokratie. Sie hat Deutschland stark gemacht und sie kann es auch in Zukunft tun. Sie wurde in den 60 Jahren unserer Bundesrepublik durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften maßgeblich mitgeprägt. Aber sie muss nun neu gestartet werden. Sie braucht frische Impulse und entschlossenes Handeln.

II. Unsere Politik

1. Wohlstand erhalten und sichern

Die globale Krise hat auch die deutsche Wirtschaft schwer getroffen. Mit zwei umfangreichen Konjunkturprogrammen haben wir Brücken gebaut, um unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt gut über die Krise zu bringen und uns die Chance zu erarbeiten, stärker und krisenfester als zuvor in den nächsten Aufschwung zu starten.

Mit dieser Politik knüpfen wir an die Reformen der beiden sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen an, die dazu beigetragen haben, dass Deutschland heute das wettbewerbsfähigste Land in der gesamten Europäischen Union ist. Das Gerede vom „kranken Mann Europas“ ist lange vorbei. Jetzt stehen wir international wieder auf einem Spitzenplatz.

Wir wollen, dass Deutschland auf Dauer ein Land hohen Wohlstands ist. Die Quellen des Wohlstands sind vor allem Qualifikationen, Ideen, Wissen, Kreativität, gut ausgebildete Fachkräfte und die Neugier auf Neues. In zentralen Technologiefeldern ist Deutschland Spitzenreiter. Diese Position wollen wir halten und ausbauen.

Wirtschaftskompetenz – gerade in und nach der Krise – bedeutet für uns, das wirtschaftliche Ganze im Blick zu haben. Wir wollen eine Wirtschaft, die auf zwei stabilen Säulen steht: Einem innovativen, produktiven Exportsektor und einem starken Binnenmarkt. Darum machen wir eine Wirtschaftspolitik, die die zentralen volkswirtschaftlichen Ziele in eine neue Balance bringt: Mehr zielgerichtete öffentliche Investitionen und Abbau der Staatsverschuldung. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und starke Binnennachfrage durch gerechte Einkommensverteilung. Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit.

Darum ist eine gute Bildungs- und Forschungspolitik, eine Politik, die für eine leistungsfähige Infrastruktur sorgt und die Regeln für einen fairen Wettbewerb durchsetzt, langfristig die beste und erfolgreichste Wirtschaftspolitik.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Neue Regeln für die Finanzmärkte

- **Regeln für die Banken.** Die Finanzdienstleister müssen wieder zu ihrer dienenden Funktion für die Gesellschaft und die Realwirtschaft zurückfinden und mehr Verantwortung für die Risiken übernehmen. In Zukunft darf es keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanz geben. Eine bessere Eigenkapitalausstattung von Unternehmen ist eines der Ziele unserer Kapitalmarktpolitik, gerade in Krisenzeiten. Kurzfristige und spekulative Beteiligungen zu Lasten von

Standorten und Arbeitsplätzen lehnen wir weiter ab und ergreifen international abgestimmte Initiativen für Transparenz und Kontrolle. Vermögenswerte müssen so bewertet werden können, dass sie bei sich stark veränderndem Markt nicht prozyklisch und somit krisenverschärfend wirken.

- **Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds.** Beide Typen von Fonds operieren mit hohen Risiken – sie müssen daher strenger reguliert werden. Wir fordern eine Registrierung und lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds auf europäischer und internationaler Ebene, eine Verbesserung der Transparenz sowie höhere Eigenkapitalanforderungen auch bei der Vergabe von Krediten an die Fonds. Wir wollen Regeln gegen die zu starke Verschuldung von Unternehmen durch Fonds. Banken dürfen nur mit registrierten Fonds Geschäfte abwickeln. Schädliche Leerverkäufe, die vor allem von Hedge-Fonds eingesetzt werden, müssen unterbunden werden können.
- **Unabhängigere Ratingagenturen.** Wir wollen uns von der Abhängigkeit und Dominanz einiger weniger amerikanischer Ratingagenturen lösen. Dies kann am besten auf europäischer Ebene geschehen. Wir setzen uns für eine wirkungsvolle Registrierung, für klare Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten sowie für Transparenz in und von Ratingagenturen ein. Wir wollen den Stellenwert von Ratingagenturen im Rahmen der notwendigen Neuregelung der Finanzmarktregulierung reduzieren.
- **Starke Finanzmarktaufsicht.** Stabile Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene muss es eine starke und handlungsfähige Finanzmarktaufsicht geben: kein Markt, kein Produkt, kein Akteur, kein Territorium und kein Staat darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben. In Deutschland müssen die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) besser zusammenarbeiten und mehr Prüfungs- und Eingriffsrechte haben. Wir wollen eine Stärkung und qualitative Verschärfung der Finanzmarktaufsicht in der Bundesrepublik. Dies bedeutet: Besondere Geschäftsrisiken müssen mit höheren Eigenkapitalanforderungen abgesichert werden. Die Liquiditätsvorsorge von Finanzinstituten muss verbessert und verstärkt zu einem Gegenstand der Regulierung werden. Zudem brauchen wir frühzeitigere Ausschüttungs- und Zahlungsverbote an Mutterhäuser: Die Bankenaufsicht muss bei einer sich abzeichnenden Krise früher Ausschüttungsverbote verhängen können. So schützen wir inländische Anleger auch vor dem vorschnellen Abzug von Finanzmitteln aus Instituten in der Bundesrepublik. Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Neuregelung der für alle europäischen Staaten relevanten Eigenkapitalrichtlinie mit schärferen Regeln für Verbriefungsgeschäfte und einer einheitlichen Definition von Kernkapitalan-

forderungen. Wir wollen, dass die Vergütungsstrukturen zum Aufsichtsgegenstand der Finanzmarktregulierung gemacht werden.

- **Begrenzung von Managergehältern.** Verantwortungsvoll handelnde Bankmanager brauchen Anreiz- und Vergütungssysteme, die auf mehr Nachhaltigkeit statt auf schneller Rendite ausgerichtet sind. Gehaltsexzesse und goldene Handschläge für unfähige Manager dürfen nicht von der Allgemeinheit mitfinanziert werden. Die Große Koalition hat bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht; diese reichen aber nicht aus. Wir wollen, dass Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile wie etwa Bonuszahlungen sollen künftig mehrjährige Bezugszeiträume haben und erst am Ende dieser Mehrjahresperiode ausgezahlt werden. Der Wechsel bisheriger Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft soll erst nach zwei Jahren möglich sein, es sei denn die Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die über mindestens ein Viertel der Stimmrechte verfügen.
- **Bekämpfung von Steuerhinterziehung.** Wir wollen eine gerechte Chancen- und Lastenverteilung. Hierzu zählt die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Verlagerung von Geldern in Steueroasen. Konservative und Marktliberale waren sich für keinen Trick zu schade, um unsere Gesetzesinitiative zu verschleppen. Wir werden den Weg der Bekämpfung der Steuerhinterziehung konsequent weitergehen, denn die Steuerhinterziehung schadet uns allen und verhindert eine gerechte Lastenverteilung. Wir stehen ein für ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, auf dessen Grundlage die Ermittlungsmöglichkeiten der Steuerbehörden gegenüber international tätigen Steuerhinterziehern gestärkt werden. Wir setzen auch weiter auf die geschickte Kombination von Druck auf unkooperative Steueroasen und gezielte Zusammenarbeit mit kooperationswilligen Ländern. Hier haben wir bereits gute Fortschritte erzielt. Die Drohung mit der „Schwarzen Liste“ der OECD zeigt Wirkung! Immer mehr Staaten weltweit setzen auf Transparenz und Informationsaustausch. Wir werden wachsam darauf achten, dass diesen Ankündigungen auch Taten folgen.
- **TÜV für Finanzprodukte.** Wir werden zudem den Verbraucherschutz stärken und einen Finanz-TÜV einrichten. Verbraucherinnen und Verbraucher wurden oftmals ungewollt zum Kauf von Finanzprodukten gedrängt, die ihrer speziellen Lebenssituation nicht entsprochen haben. Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen wir auf eine verstärkte Verantwortung und Haftung der Berater und Vermittler von Finanzprodukten. Ferner müssen Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten dokumentiert

und überprüft werden. Hier kann die Schutzwirkung eines „Finanz-TÜV“ am besten ansetzen.

- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir zunächst eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.

Fairer Wettbewerb als ordnungspolitische Leitidee

- **Wirkungsvolle Wettbewerbs- und Kartellpolitik.** Wir fördern verantwortliches Unternehmertum durch einen fairen Wettbewerb. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Wir werden dafür sorgen, dass bei Zusammenschlüssen von Unternehmen das Wettbewerbsprinzip erhalten bleibt und die Interessen von Verbrauchern nicht verletzt werden.
- **Unterstützung des Qualitätswettbewerbs im Vergaberecht.** Wir unterstützen den Wettbewerb um die Qualität der Produkte und Dienstleistungen. Er darf aber nicht zu Lasten der Arbeitsbedingungen und Löhne gehen. Wir werden die Möglichkeiten des neuen Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tariffreue Unternehmen zu stärken.

Vorrang für eine am langfristigen Erfolg ausgerichtete Unternehmensführung

- **Verantwortung von Unternehmen gegenüber dem Gemeinwohl.** Wir werden im Aktiengesetz festschreiben, dass Unternehmen nicht nur den Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Gemeinwohl verpflichtet sind.
- **Stimmrecht für Aktionäre nach Haltefrist.** Die Einflussnahme auf Unternehmen sollte nicht im kurzfristigen Profitinteresse erfolgen. Das volle Stimmrecht für Aktionäre auf Hauptversammlungen sollte daher an eine Mindesthaltedauer der Aktien von einem Jahr geknüpft werden.
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen.** Mit der Neuregelung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung haben wir in Deutschland einen wichtigen Schritt vollzogen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmer zu beteiligen. In der Krise gilt: Wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend auf Einkommen verzichten, um ihre Unternehmen zu stabilisieren, müssen sie im Gegenzug auch mit allen Rechten an den Unternehmen beteiligt werden.

- **Managerinnen und Manager besser ausbilden.** Jahrzehntlang wurden Fragen der Unternehmensführung ausschließlich aus der Marktlogik heraus betrachtet. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Ausbildung von Managerinnen und Managern. Im Studium geht es bisher vor allem um die Vermittlung von analytischen und quantitativen Techniken und noch viel zu wenig um die Entwicklung von Verantwortungsgefühl und sozialer Kompetenz. Wer verantwortungsvolle Unternehmen fordert, braucht verantwortungsbewusste Manager. Dies muss sich zukünftig schon in der Ausbildung widerspiegeln.
- **Freiwillige Initiativen der Wirtschaft unterstützen.** Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können nur gemeinsam die Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum legen. Verantwortlich handelnde Unternehmen und Banken im Sinne einer Corporate Social Responsibility werden langfristig bessere Ergebnisse, höhere Qualität liefern und selbstbewusste, motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben.
- **Bilanzen und Rechnungslegung für Langfristigkeit und Nachhaltigkeit.** Unternehmen sind für uns nicht nur dem finanziellen Gewinn der Eigentümer („shareholder value“) verpflichtet. Investoren und die Öffentlichkeit brauchen gesicherte Erkenntnisse über die Leistungen von Unternehmen in den Bereichen Klimaschutz, soziale Verantwortung und Qualität der Unternehmensführung („Corporate Governance“). Gezielte und aussagekräftige Berichtssysteme über diese Indikatoren sind eine Grundlage für langfristig und nachhaltig organisierte Kapitalmärkte.
- **„Gute Arbeit“ als Bewertungsmaßstab.** Wir werden durchsetzen, dass sich Unternehmen an dem Prozess der Erstellung eines Human-Potential-Index beteiligen, der die Qualität ihrer Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt „Gute Arbeit“ vergleichbar macht. Dadurch kann Rating-Agenturen und Banken ein weiteres Kriterium für die Unternehmensbewertung zur Verfügung stehen. Der Human-Potential-Index ist daher eine wichtige Ergänzung zum DGB-Index Gute Arbeit.

Nachhaltiges Wachstum und Stabilität – Eine Wirtschaftspolitik, die das Ganze in den Blick nimmt.

- **Aktive Konjunkturpolitik.** In einer konjunkturellen Ausnahmesituation muss der Staat entschieden und gezielt mit einer antizyklischen Finanzpolitik, also mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben für eine begrenzte Zeit, gegensteuern. Er kann die fehlende private Nachfrage zumindest teilweise auffangen, um so eine Brücke zum nächsten Aufschwung zu bauen.
- **Neue Schuldenregel.** Schulden auf Dauer sind ein ernsthaftes Problem für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir stehen dafür, dass die Schulden, die

jetzt für die Konjunkturstabilisierung notwendig sind, in guten Zeiten wieder konsequent zurückgefahren werden. Schuldenabbau darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen verhindert werden. Grundsätzlich gilt: Eine erfolgreiche Konsolidierung der Haushalte erfordert stabile Einnahmen und wirtschaftliches Wachstum. Wir stehen für eine konjunkturgerechte Schuldenregel, die das Defizit von Bund und Ländern begrenzt. Die Regel sieht größere Spielräume in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs und in besonderen Krisensituationen vor; die Defizite müssen jedoch in wirtschaftlich besseren Zeiten wieder ausgeglichen werden.

- **Erhalt der industriellen Basis.** Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Der Staat kann und muss in der Krise mit aktiver Industriepolitik dazu beitragen, die industrielle Basis und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu modernisieren.
- **Innovative Dienstleistungen.** Eine große Mehrheit der Beschäftigten ist im Dienstleistungssektor tätig. Eine starke Industrie und innovative Dienstleistungen sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.
- **Strategische und ökologische Industriepolitik der Zukunft.** Eine strategisch ausgerichtete Industriepolitik kann mehr leisten als Substanz zu erhalten: Von zentraler Bedeutung ist für uns der Ausbau zukunftssträchtiger Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder der Bereich der Kreativwirtschaft. Hier hat unsere Wirtschaft die größten Wachstumschancen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat gezeigt, dass intelligente staatliche Instrumente unverzichtbar sind, um neue Märkte zu erschließen: Unsere Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien wird weltweit kopiert. Strategische Industriepolitik verzahnt die Förderung von Forschung, den Infrastrukturausbau, Anreize für private Nachfrage, Regulierungen und den gezielten Einsatz der öffentlichen Nachfragemacht. Ökologische Industriepolitik betrifft nicht nur „grüne Produkte“, sondern wird von uns als Querschnittsaufgabe verstanden – mit dem Ziel, durch effizientere Technologien Ressourcen einzusparen.

Neue Arbeit in den Märkten der Zukunft schaffen

- **Vollbeschäftigung.** Auch wenn uns die Wirtschaftskrise zurückwirft – ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, dass alle Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in den Feldern des veränderten gesellschaftlichen Bedarfs. Der Klimaschutz, die wachsende internationale Arbeitsteilung und die älter werdende Gesellschaft bringen Bedarf nach neuen Produkten und Dienstleistungen hervor.

- **Arbeit und Umwelt.** Wir müssen unsere Industriegesellschaft umbauen, wesentlich effizienter mit Ressourcen umgehen und auf erneuerbare Rohstoffe umstellen. Dafür wollen wir unsere Wirtschaft in einer sich verändernden internationalen Arbeitsteilung besser positionieren und wettbewerbsfähig halten: als globaler Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts.
- **Arbeit „Menschen für Menschen“.** Neue Arbeit entsteht zudem dort, wo Menschen Dienstleistungen für Menschen erbringen: in der Betreuung, der Bildung, der Pflege. Im Gesundheitswesen ist schon heute jeder zehnte Erwerbstätige beschäftigt. Mit steigender Lebenserwartung und höherer Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt die Nachfrage nach personalintensiven Dienstleistungen weiter an. Um diese Beschäftigungspotenziale zu nutzen, wollen wir auch private Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber stärker unterstützen.
- **Kreative Arbeit.** Die Kreativwirtschaft trägt seit Jahren immer stärker zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum bei. Wir wollen Unternehmensgründungen durch den Zugang zu Gründungskapital sowie Mikrokrediten erleichtern. In der digitalen Welt brauchen wir einen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und der gerechten Vergütung kreativer Arbeit. Wir streben eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Beschäftigten in der Kreativwirtschaft an.

Mehr Impulse für Forschung und Innovation

- **Intensivierung der Forschungsausgaben.** Unser Wissen und unser Erfindungsreichtum sind die Basis unseres Wohlstands. Wir wollen die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015.
- **Steuergutschriften für Forschung.** Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir neue finanzpolitische Spielräume nutzen und die bestehenden Formen der Projektförderung durch eine steuerliche Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen in Form einer Steuergutschrift („tax credit“) für kleine und mittlere Unternehmen ergänzen.

Mittelstand und Unternehmertum

- **Die Soziale Marktwirtschaft braucht starke Unternehmerinnen und Unternehmer.** Ohne die Ideen und Initiativen, aber auch ohne die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmerinnen und Unternehmern ist eine dynamische und Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Wir wollen in Deutschland einen starken Mittelstand erhalten.

- **Mittelstandsförderung.** Wir wollen für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen. Zur Mittelstandsförderung gehört auch eine stärkere Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors.
- **Neue Gründungskultur.** Wir werden für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops schaffen, ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote – insbesondere für ältere Gründer und Frauen – entwickeln, umsetzen und ausbauen.
- **Weniger Bürokratie.** Wir setzen uns für weitere Erleichterungen in Verwaltungsverfahren ein, indem wir u. a. die Informations- und Statistikpflichten weiter reduzieren und die Erfüllung von Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege ermöglichen werden.
- **Modell des High-Tech-Gründerfonds stärken und auf andere Bereiche ausdehnen.** Der Staat soll als Ko-Investor zusammen mit privaten Kapitalgebern in den strategischen Bereichen Energie, Verkehr und soziale Dienstleistungen tätig werden können.
- **Unterstützung des Handwerks.** Das Handwerk ist eine zentrale Säule unserer Wirtschaft. Seit Anfang 2009 gelten noch bessere Möglichkeiten für private Haushalte, Handwerkerleistungen steuerlich abzusetzen. Unser Programm zur energetischen Gebäudesanierung setzen wir fort.

Infrastruktur und Netze zukunftsorientiert ausbauen – Daseinsvorsorge sichern

- **Öffentliche Daseinsvorsorge.** Der Staat ist in der demokratischen Verantwortung, den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen. Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sichern qualitativ hochwertige öffentliche Güter und eine leistungsfähige Infrastruktur. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. In der EU setzen wir uns dafür ein, dass die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleibt.
- **Fairer Wettbewerb und angemessene Preise.** Für die Bereiche der liberalisierten Netzindustrien wie Energie, Telekommunikation und Post sowie für die kommunalen Dienstleistungen wollen wir einen stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen schaffen, der Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, zu Investitionen anreizt und diese honoriert sowie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichert und schafft.

- **Finanzierung sicherstellen.** Wir wollen die Finanzierungsinstrumente der Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten. Wo Private beteiligt werden, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach den Auswirkungen auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten.
- **„Netze der Zukunft“.** Für die Stromnetze der Zukunft sind große Investitionen erforderlich, gerade wenn künftig erneuerbare Energien einen größeren Anteil an der Stromversorgung haben werden. Wir wollen eine Regulierung der Energienetze, die zu Investitionen tatsächlich anreizen. Wir treten für die Gründung einer Deutschen Netz AG ein. Dabei können wir uns auch eine staatliche Beteiligung vorstellen.
- **Ausbau des Breitbandnetzes.** Wir werden die Breitbandinitiative vorantreiben und dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Zugang zu einem leistungsfähigen Breitbandanschluss bekommen. Zugleich sollen möglichst viele Haushalte an die besonders leistungsfähige Glasfasertechnologie angeschlossen werden.

Verantwortungsvolle Verbraucherinnen und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft

- **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und schützen.** Die Menschen sollen darauf vertrauen können, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind und dass Finanzanlagen halten, was sie versprechen.
- **Die Nachfrage entscheidet mit.** In einer Marktwirtschaft entscheiden auch die Verbraucherinnen und Verbraucher über Erfolg oder Misserfolg von Unternehmen und somit über die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft und die soziale und ökologische Qualität einer Gesellschaft. Konsumentinnen und Konsumenten haben Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Verbraucherpolitik ermöglicht ein Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziele unserer Verbraucherpolitik sind Information, Transparenz und Sicherheit.
- **Verbraucherinformation.** Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich informieren. Sie sollen dazu mehr Rechte bekommen und schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Deshalb wollen wir die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten.

- **Verbraucherrechte durchsetzen.** Wir wollen Verbraucher stärken und sie unterstützen, damit sie ihr Recht auch bekommen. Dazu brauchen wir starke Verbraucherorganisationen. Wir wollen die Verbraucherorganisationen – zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben – als „Marktwächter“ beauftragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren, zu warnen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.
- **Wahlfreiheit in Sachen Gentechnik.** Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt Genveränderungen in Lebensmitteln ab. Um Transparenz im gesamten Europäischen Binnenmarkt herzustellen, setzen wir uns für die Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln auf Erzeugnisse ein, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen. Die von der SPD durchgesetzte „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung wollen wir mit einem einheitlichen Label vorantreiben. Wir werden auf eine Änderung des europäischen Rechts hinarbeiten, die die verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen ermöglicht.
- **Lebensmittelkennzeichnung.** Bei einer Lebensmittelkennzeichnung ist entscheidend, dass die Nährwertangaben der Lebensmittel schnell und unkompliziert erkennbar sind, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Eine Ampelkennzeichnung ist auch eine wichtige Maßnahme vorsorgender Gesundheitspolitik.

2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Wir stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer doppelten strukturellen Herausforderung: Einerseits die weltweite Finanzkrise, deren Ende und Auswirkungen für die Realwirtschaft noch lange nicht absehbar sind. Andererseits die Klima- und Umweltkrise, deren Bewältigung nicht weniger dringlich ist. Beide Krisen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssen Politik und Gesellschaft eine umfassende und nachhaltige Erneuerung leisten. Wir brauchen als Antwort auf diese Krisen ein klares politisches Konzept, das neue Felder realer, zukunftsorientierter Wertschöpfung erschließt. Im Zentrum unserer modernen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik stehen Arbeit, Umwelt und Innovation.

Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoff-

fen. Daraus entsteht eine doppelte Herausforderung: Eine ökologische und eine ökonomische. Wie erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und wie machen wir sie unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise steigen werden? Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung unserer Umwelt? Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschrittsidee. Umweltpolitik wird heute nicht mehr alleine unter dem Schutzaspekt betrieben. Sie ist zugleich Motor für Innovation und wirtschaftliche Erfolge. Dies ist unter anderem ein Erfolg unserer Politik.

Wir haben Arbeit und Umwelt nie als Gegensätze gesehen, sondern immer als zwei Seiten einer Medaille. Die Einführung von Umweltstandards, die Förderung neuer Formen der Energieerzeugung, aber auch der Ausstieg aus der Kernenergie waren Bestandteile einer Strategie der Erneuerung Deutschlands und des Schutzes unserer Umwelt. Unsere ambitionierte Klimaschutzpolitik führt bis zum Jahr 2020 im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte zu 500.000 zusätzlichen Jobs. Bis 2030 können es sogar 800.000 Stellen sein. Diese Potenziale wollen wir nutzen.

Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik. Sie macht die deutsche Wirtschaft unabhängiger von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten. Sie stärkt strategische Zukunftsindustrien und bereitet die deutsche Wirtschaft auf die Leitmärkte der Zukunft – wie Energie, Ressourceneffizienz und Mobilität – vor. Sie fördert Innovationen, initiiert Technologiesprünge und sorgt dafür, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen. Ökologische Industriepolitik stellt die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen ein und stellt die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe um. So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Leitprojekt „Weg vom Öl“

- **Weg vom Öl.** Wir verbinden Ökonomie und Ökologie zu einem schlüssigen Konzept des Umbaus unserer Industriegesellschaft. In einem zentralen Leitprojekt „Weg vom Öl“ bringen wir dies zum Ausdruck. Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden.

- **Ausbau Erneuerbarer Energien.** Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. Im Jahre 2020 wollen wir mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Das international vereinbarte Ziel, die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80-95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn
 - wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO₂ zu emittieren;
 - wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken;
 - der Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigt und der jetzt bereits geltende Vorrang bei der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.
- **Das Zukunftsauto – Made in Germany.** Deutschlands wirtschaftliche Stärke wird nicht zuletzt durch die Ingenieurskunst im Automobilbau begründet. Das Auto der Zukunft wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass es in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

Klimaschutz voranbringen – Der Energiemix der Zukunft: Sauber, sicher und bezahlbar

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen.** Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken.
- **Klimaschutzfonds.** Wir werden einen speziellen Klimaschutz-Innovationsfonds etablieren, der umfassend Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellt.
- **Energiesparoffensive.** Die wichtigste Energie im Energiemix der Zukunft ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Wir brauchen eine Energiesparoffensive. Wir werden ein Hocheffizienz-Gesetz einführen, mit dem Ziel, bis 2020 elf Prozent des jetzigen Strombedarfs einzusparen. Wir werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten um 30 Prozent anheben, und wir werden den bedarfsorientierten Energiebedarfsausweis für alle Gebäude verpflichtend einführen. Wir werden die Sanierungsrate von Gebäuden auf 2-3 Prozent pro Jahr erhöhen und dazu die Zuschüsse aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf jährlich 2 Mrd. Euro aufstocken. Wir werden die Ener-

giesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen knüpfen.

- **Top Runner fördern.** Grundlage für die Umsetzung einer ökologischen Verbraucherpolitik ist die Festlegung von Kriterien für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Es müssen die „Top Runner“, also die besten am Markt verfügbaren Produkte, ermittelt werden. Die so entwickelten Benchmarks bilden die Grundlage für den Einsatz der verbraucherpolitischen Instrumente.
- **Energieberatung.** Wir werden angesichts vieler bislang ungenutzter Energiespar- oder Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben.
- **Mehr Investitionen in Energieeffizienz.** Bis 2020 wollen wir die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Wir werden ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz einführen, das im Steuerrecht klare und verlässliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien schafft. Die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate werden wir für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nutzen. Wir werden den Gebäudebestand im Falle ohnehin fälliger Sanierungsmaßnahmen in die Pflicht zur Nutzung Erneuerbarer Energien einbeziehen und den Einsatz Erneuerbarer Energien gleichzeitig finanziell weiter fördern.
- **Nationaler Aktionsplan Erneuerbare Energien.** Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Technologischer Vorsprung und Anwendung im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir werden einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang Erneuerbarer Energien in diesen Bereichen wollen wir stärken. Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von rd. 1.500-2.000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose. Bis 2010 werden lückenlose und umfassende Zertifizierungssysteme geschaffen, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen.
- **Internationale Verbreitung Erneuerbarer Energien.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die neu gegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) schnell zu einem zentralen Akteur bei der weltweiten Verbreitung von Erneuerbaren Energien wird.

- **Atomausstieg umsetzen, Sicherheit gewährleisten.** Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Nicht zuletzt ist die Frage der Endlagerung des Atom Mülls bis heute ungelöst. Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg wird durchgesetzt. Wir steigen bis 2021 komplett aus der Atomenergie aus. Bis zum Ausstieg gelten die höchstmöglichen Sicherheitsstandards in allen Anlagen mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde dringend nötige Investitionen in neue Technologien verzögern.
- **Lösung der Endlagerung.** Wir halten daran fest, dass zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle keine politische Vorentscheidung für den Standort Gorleben getroffen werden darf. Vielmehr brauchen wir ein ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden. Dies wurde bisher von CDU, CSU und FDP verhindert.
- **Beteiligung der Atomwirtschaft.** Die notwendige Sanierung der atomaren Endlagerstätten in den ehemaligen Salzbergwerken Asse II und Morsleben verursacht hohe Kosten, die nicht der Allgemeinheit zur Last fallen dürfen. Wir werden die Voraussetzung für eine zusätzliche und angemessene Beteiligung der Energiekonzerne der Atomwirtschaft schaffen. Im Fall des Endlagers Asse II schließt dies ausdrücklich die Möglichkeit einer vollständigen Rückholung des Atom Mülls und dessen sichere Entsorgung ein.
- **Effiziente Nutzung fossiler Energieträger.** Auf absehbare Zeit kann auf die Nutzung von Kohle und Gas nicht verzichtet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die deutschen und europäischen Klimaschutzziele erreicht werden und zugleich die deutschen und europäischen Energieunternehmen langfristige Planungssicherheit erhalten. Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen. Das Genehmigungsrecht werden wir anpassen, um alte ineffiziente Kohle- und Gaskraftwerke durch neue, effizientere Kraftwerke zu ersetzen und um eine dezentrale flexible Energieversorgung sicherzustellen. Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid in Deutschland weiterzuentwickeln – auch durch geförderte Demonstrationsprojekte der Europäischen Union. Dabei soll die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung haben, und die Unternehmen müssen auf der Grundlage der höchsten Umweltstandards die Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten. Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen. Kraft-Wärme-Kopplung ist die effizienteste Form der Energieerzeugung. Wir werden sie bis 2020 massiv auf einen Anteil von mindestens 25 Prozent an der gesamten Stromversorgung ausbauen. Bei neuen Kraftwerken werden wir der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung Priorität einräumen.

- **Zukunft der Steinkohle.** Der deutsche Steinkohlebergbau hat wesentlich zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand beigetragen. Er ist inzwischen reduziert auf einen niedrigen, aber zukunftsfähigen Sockel. Wir wollen deshalb, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.
- **Energieforschung der Zukunft.** Wir werden die Energieforschung ausweiten. Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen.

Verkehr und Mobilität

- **Mobilität muss bezahlbar bleiben.** Mobilität ermöglicht persönliche Entfaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Voraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsleben, an Bildung und Kultur sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt. Mobilität darf daher nicht zum Luxusgut werden. Zugleich leistet auch die Verkehrspolitik einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Grundlegendes Ziel unserer modernen Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar zu gestalten.
- **Moderne Infrastruktur.** Mobilität ist zugleich ein Leitmarkt. Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Deutschland ist der wichtigste Logistikstandort in Europa. Investitionen in unsere Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Wir werden sie auch künftig auf hohem Niveau fortsetzen. Wir legen einen besonderen Fokus auf den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene. Mit gezielten Investitionen werden wir die Engpässe im Straßenverkehr beseitigen. Zugleich werden wir den Lärmschutz vorantreiben.
- **Optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrswege.** Wir investieren in moderne Verkehrslenkungstechnologien. Bis 2015 wollen wir alle hoch belasteten Autobahnstrecken komplett mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ausrüsten, um vorhandene Kapazitäten auf unseren Autobahnen besser zu nutzen und Staus zu vermeiden. Wir werden die Einführung des europaeinheitlichen Verkehrsleitsystems ETCS („European Train Control System“) beschleunigen, um die Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr konkurrenzfähiger zu machen.
- **Neue Technologien fördern – „weg vom Öl“.** Um Mobilität dauerhaft zu sichern, brauchen wir einen technologischen Innovationssprung. Das Auto wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Zum einen muss die Effizienz bei

der Nutzung fossiler Energieträger, z. B. durch Hybridtechnologien, weiter erhöht werden. Mit einem „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ wollen wir die Markteinführung batterieelektrischer Antriebstechnologien vorantreiben. Zugleich setzen wir unsere Anstrengungen zur Markteinführung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im Rahmen der Clean-Energy-Partnership fort. Deutschland soll zum Vorreiter werden, wenn es darum geht, „weg vom Öl“ zu kommen.

- **Für eine starke und bürgerfreundliche Bahn.** Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs weiter zu erhöhen, setzen wir auf ein leistungsfähiges Schienennetz, auf attraktive, barrierefreie Bahnhöfe, eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und ein kundengerechtes, leicht verständliches Tarifsysteem. Die Bahn muss stark, wettbewerbsfähig und kundenfreundlich sein. Eine Zerstückelung der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab. Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.
- **Sichere und umweltfreundliche Mobilität.** Wir wollen den Stadtverkehr durch die Einführung neuer Technologien und den Ausbau des ÖPNV sicherer, umweltfreundlicher und sozialer gestalten. Öffentlichen Personennahverkehr, Radverkehr und Fußgänger werden wir in unseren Kommunen gleichberechtigt behandeln und so Mobilität für alle sicherer machen.
- **Faire Entfernungspauschale.** Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungspauschale umsetzen mit dem Ziel, dass alle Pendler gleich behandelt werden und unabhängig vom Einkommen pro Kilometer die gleiche Rückerstattung erhalten.

3. Gute Arbeit sichern

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir sind die Partei der Arbeit. Wir haben Grundsätze, die der zentralen Bedeutung der Arbeit entsprechen:

- Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Leistung muss sich lohnen – diese Forderung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtig.

- Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft gilt.
- Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen denen, die nicht mit Arbeit allein ihr Leben bestreiten können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Darum haben wir die Arbeitsvermittlung verbessert. Aber auch eine gute Arbeitsvermittlung braucht eine wachsende Wirtschaft und Nachfrage nach Arbeit. Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Für den Arbeitsmarkt des neuen Jahrzehnts gibt es zwei Szenarien: Entweder wir haben ausreichend Fachkräfte und geringe Arbeitslosigkeit. Oder aber wir klagen über Fachkräftemangel und zugleich über hohe Arbeitslosenzahlen. Die Entwicklung ist von uns gestaltbar. Wir wollen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur für jede und jeden.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung.

Unser Ziel ist Gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

- **Erhalt von Arbeitnehmerrechten.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben soziale Rechte. Das ist grundlegend für eine Soziale Marktwirtschaft. Der Schutz vor Kündigung und die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir beschützen diese Rechte. Wir brauchen starke Gewerkschaften.
- **Leiharbeit:** Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.
- **Praktika dürfen nicht zur Sackgasse werden.** Deshalb wollen wir eine rechtlich bessere Absicherung von Praktikantinnen und Praktikanten gegen die Ausnutzung als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte.

- **Arbeitnehmerdatenschutz.** Zahlreiche Übergriffe der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen, das die Rechte der Beschäftigten sichert. Ein solches Vorhaben dient dazu, bislang verstreute Vorschriften zu bündeln und da zu ergänzen, wo durch neue Technologien Bedarf besteht.
- **Informantenschutz.** Beschäftigte sind häufig die einzigen, die Rechtsverletzungen im Betrieb wahrnehmen, aus denen unter Umständen sogar Gefahren für Dritte hervorgehen. Daher wollen wir, dass Beschäftigte vor Sanktionen des Arbeitgebers geschützt sind, wenn sie auf Missstände hinweisen.
- **Arbeitsvertragsgesetzbuch.** Wir halten ein Arbeitsvertragsgesetzbuch für begrüßenswert, wenn es von den Sozialpartnern im Konsens erarbeitet wird und vollständig und verständlich die bestehenden Regelungen ohne einen Abbau von Arbeitnehmerrechten bündelt.
- **Schutz der Arbeitnehmer bei Insolvenzen.** Die Wirtschaftskrise wird auch im Jahr 2010 noch zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen führen. Wir müssen deshalb die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Insolvenzverfahren so gut wie möglich schützen. Durch Gesetz muss klargestellt werden, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.

Gerechte Löhne und Einkommen

- **Tarifautonomie und Tariftreue sichern.** Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen. Sie ist eine Grundlage für Gute Arbeit. Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium wird. Und wir unterstützen Initiativen gegen Sozialdumping im europäischen und internationalen Raum. Gute Arbeit darf nicht durch einen sich globalisierenden Arbeitsmarkt gefährdet werden.
- **Mindestlöhne.** Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerwillen der Union eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingengesetzes durchgesetzt, um mehr Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.

- **Bonus für Arbeit.** Wir wollen eine grundlegende Neuordnung des unteren Einkommensbereichs in Angriff nehmen. Dabei wird ein gesetzlicher Mindestlohn im Mittelpunkt stehen. Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so aufeinander abgestimmt, dass eine existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird. Wir wollen Zuschüsse zum Einkommen so gestalten, dass niemand, weil er oder sie Kinder hat, in die Grundsicherung für Arbeitsuchende abrutscht. Zu diesem Zweck wollen wir den Kinderzuschlag in Verbindung mit dem Wohngeld weiterentwickeln, um erwerbstätige Eltern zu fördern. Wir wollen ein Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite schaffen.
- **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken.** Die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse wollen wir eindämmen. Gute Arbeit bedeutet, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die Regel ist. Bei den so genannten Minijobs wollen wir die Begrenzung auf 15 Wochenstunden wieder einführen.

Gleiche Chancen – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

- **Gleiche Löhne.** Gerechte Löhne sind leider immer noch auch eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen schließt. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Wir wollen darüber hinaus eine Stelle einrichten, die Lohnmessungen bei Unternehmen veranlassen kann. Gleichzeitig sollen Betriebsräte das Recht erhalten, vom Arbeitgeber eine statistische Diagnose darüber zu verlangen, ob die Löhne im Unternehmen gerecht sind. Zusätzlich wollen wir im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Möglichkeit der Zusammenarbeit des Betriebsrats mit der genannten Stelle verankern. Damit werden die bereits heute bestehenden individuellen Rechte der betroffenen Frauen bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot effektiv erweitert. Außerdem sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur Betriebe zum Zuge kommen, die Frauen und Männer in der Entlohnung gleich behandeln.
- **Mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen.** Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- **Beratung bei der Berufs- und Studienfachwahl.** Wir wollen die geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahl aufbrechen. Hierzu ist eine enge Zusam-

menarbeit zwischen Schule, Berufs- und Studienberatung sowie Elternhaus erforderlich.

- **Teilzeitbeschäftigung – heraus aus der Sackgasse.** Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz haben wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung und die Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung durchgesetzt. Trotzdem sind oftmals die Qualifizierungs- und Karrierechancen von Teilzeitbeschäftigten noch unzureichend und die Bezahlung nicht existenzsichernd. Besonders betroffen sind Frauen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die die rechtlichen Bedingungen für die (Wieder-) Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung verbessern und mehr Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung bieten.

Ausbildung und Chance auf berufliches Fortkommen

- **Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses für alle.** Wir werden nicht hinnehmen, dass bis zu 80.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jede und jeder erhält eine zweite oder dritte Chance. Deshalb wollen wir das Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden.
- **Starkes duales System.** Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden.
- **Eine Berufsausbildung für alle.** Die Berufsausbildung ist nach wie vor die wichtigste Grundlage für den Berufseinstieg. Selbst wenn wir es erreichen, 40 Prozent eines Jahrgangs an die Hochschulen zu bringen, bleiben 60 Prozent, die eine klassische Berufsausbildung suchen. Wir werden vor diesem Hintergrund den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatzverpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen. Wir sorgen für Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber. Wir helfen mit dem Ausbildungsplatzbonus auch denen, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen. Den Betriebsräten wollen wir ein Mitbestimmungsrecht verschaffen, damit sie in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchsetzen können. Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können. Außerdem werden wir jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Ausbildung ermöglichen, möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbil-

dung nachzuholen. Wir wollen den Übergang von Schule zu Arbeitsleben neu ordnen und aus Warteschleifen übersichtliche Wege von der Schule in die Ausbildung machen.

- **Leichter Zugang zur Hochschule.** Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem. Deshalb wollen wir die Möglichkeit für Berufsschülerinnen und -schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des Zugangs zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern. Zusätzlich wollen wir Technikerinnen und Technikern, Meisterinnen und Meistern sowie anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen. Zu diesem Zweck soll der Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.
- **Sicherung des Fachkräftebedarfs.** Wir wollen eine Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen ist in Deutschland mit 43 Prozent zu gering. Wir wollen sie bis 2015 auf mindestens die Hälfte erhöhen. Insbesondere sollen Geringqualifizierte verstärkt an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Wir wollen den Arbeitsmarkt für ausländische Akademikerinnen und Akademiker, Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer weiter offen halten. Außerdem werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern. Wir wollen ein Anerkennungsgesetz, auf dessen Grundlage jeder nach spätestens sechs Monaten weiß, welche seiner im Ausland erworbenen Abschlüsse auch bei uns anerkannt werden.

Arbeitsversicherung und Lebensarbeitszeitkonto

- **Das Langzeitkonto – ein neues Modell der Arbeit.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen souverän mit ihrer Zeit umgehen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Möglichkeiten. Mit der Insolvenzsicherung und Übertragbarkeit der Wertguthaben aus Langzeitkonten haben wir dafür wesentliche Grundlagen gelegt. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wertguthaben ansparen und im Laufe ihres Berufslebens flexibel entnehmen können – für Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen. Diese Aspekte können durch branchenspezifische Arbeitszeitkonten von den Tarifpartnern geregelt werden. Zusammen mit den bereits etablierten Rechten auf Teilzeitarbeit generell und auf Teilzeitarbeit bei Kindererziehung ermöglichen wir einen flexiblen und jeder Lebensphase angemessenen Umgang mit Arbeitszeit. Daraus kann sich ein neues Modell der Arbeit entwickeln, das Flexibilitäts- und Sicherheitsansprüche miteinander verbindet.

- **Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung.** Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden wir bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten. Dieses Angebot soll wohnortnah durch die Agentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsnetzwerken bereitgestellt werden. Diese Qualifizierungsberatung kann auch von Selbstständigen genutzt werden. Mit der neuen Arbeitsversicherung wollen wir dazu beitragen, dass in den Betrieben Langzeitkonten für Weiterbildung attraktiver werden. Es soll ein öffentlich finanziert Anteil auf jedes Langzeitkonto gezahlt werden, der aber nur für Qualifizierungszwecke genutzt werden kann.

Vermittlung in Arbeit

- **Beste Vermittlung in Arbeit.** Wir wollen, dass Deutschland die weltweit beste Arbeitsvermittlung hat. Wer arbeitslos wird, der muss wissen, dass ihm oder ihr die bestmögliche Betreuung und Vermittlung offen stehen. Eine Hauptaufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir werden die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken, damit das Vermittlungsangebot für jeden Einzelnen gerade auch dann auf einem hohen Niveau bleibt, wenn der persönliche Unterstützungsbedarf am größten ist.
- **Betreuung vor Ort.** Wir werden schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Die Zusammenarbeit von Vermittlungssachverständigen und örtlichem Wissen hat sich bewährt.
- **Förderinstrumente verbessern.** Wir werden das Instrumentarium der Arbeitsvermittlung kontinuierlich weiter verbessern. Wir wollen insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern. Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern legen, die noch besser bei der Einbeziehung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen. Für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen wurden neue Perspektiven eröffnet. Der Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wird weiter ausgebaut.
- **Bedarfsgerechte Regelsätze.** Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls dessen bedarfsgerechte Erhöhung geben.

- **Schonvermögen.** Altersvorsorge ist wichtig. Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.

Für eine neue Kultur der Arbeit – Menschen- und familiengerechtes Arbeiten

- **Humane Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.** Arbeit nimmt einen großen Teil der Lebenszeit ein. Deshalb muss die Arbeit so gestaltet werden, dass sie mit dem Lebenszyklus der Einzelnen in Einklang steht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Chance haben, bis zur Rente arbeiten zu können. Eine neue Kultur der Arbeit ist daher menschlich und wirtschaftlich notwendig. Wir werden verstärkt moderne Arbeitsbedingungen fördern: Betriebe können voneinander lernen. Modellprojekte mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen helfen, branchenspezifisch gute Lösungen zu entwickeln und zu identifizieren.
- **Humane Arbeitszeiten.** Arbeit muss auch zeitlich gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit. In Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen Modellprojekte weiterentwickelt werden, die es ermöglichen, dass Ältere länger gesund arbeiten können.
- **Vorausschauende Personalentwicklungsplanung.** Die Belegschaften in den Betrieben werden älter. Darum kann eine vorausschauende Personalentwicklungsplanung sowohl das Qualifikationsniveau der Belegschaften als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen verbessern.
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement.** Zusätzlich zur bereits bestehenden steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen des Arbeitgebers für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zu überlegen, ob in diesem Bereich durch Förder- bzw. Zuschussregelungen Fortschritte zu erzielen sind. Die Gesundheitskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gefördert werden.
- **Berufliche Rehabilitation.** Wir wollen die berufliche Rehabilitation weiter modernisieren und dabei insbesondere das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement stärken und der Rehabilitation so weitgehend wie möglich den Vorrang vor der Erwerbsminderungsrente geben.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Neben den familienpolitischen Initiativen, wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem Rechtsanspruch

auf einen Betreuungsplatz, die wir durchgesetzt haben, wollen wir auch den Ausbau von Betriebskindergärten weiter vorantreiben. Wir müssen uns ganz besonders um diejenigen kümmern, die in der so genannten „rush hour des Lebens“ stecken und im Alter zwischen 25 und 40 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen. Daher muss ein Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren ermöglicht werden. Für unerwartet eintretende Pflegesituationen wollen wir bis zu zehn Tage bezahlte Freistellung einführen. Der Aufbau einer wohnortnahen Infrastruktur für Familien muss bei der Sozialraumplanung entsprechend berücksichtigt werden.

- **Zeitsouveränität.** Arbeit ist das halbe Leben. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbestimmter mit ihrer Arbeitszeit umgehen können. Flexibilisierung von Arbeitszeit kann und soll ein Vorteil für Arbeitnehmer sein. Das lässt sich durch den gezielten Einsatz von Langzeitkonten erreichen, mit denen Beschäftigte Freizeiten ansparen können. Darüber hinaus muss Zeitsouveränität für Familien, aber auch für ehrenamtliches Engagement, Kultur, Sportvereine, etc. gewährleistet sein. Wir wollen die nötigen Rahmenbedingungen setzen, um Betriebsräten Initiativrechte und den Tarifparteien mehr Spielraum in diesen Fragen zu geben.

Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft

- **Erhalt und Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells.** Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass Unternehmer und Arbeitnehmer nur gemeinsam die Krise bewältigen können. Deshalb ist und bleibt Mitbestimmung in Deutschland und Europa ein ebenso wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie. Und wir werden auch künftig in den europäischen Verhandlungen – beispielsweise zur Sitzverlagerungsrichtlinie und zur Europäischen Privatgesellschaft – darauf achten, dass das deutsche Mitbestimmungsmodell Zukunft hat. Die Möglichkeit, Europäische Betriebsräte zu bilden, ist eine gute Gelegenheit, die Mitbestimmung in Europa weiter voranzutreiben.
- **Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte.** Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein.
- **Mitbestimmungsfreie Zone reduzieren.** Die Umgehung der Mitbestimmung durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen, durch die

Wahl der Rechtsform (wie Stiftungen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit) sowie durch Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland wollen wir beenden.

- **Beteiligungsrechte erweitern.** Wir haben die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Betriebsräte bei technischen Neuerungen entsprechende Qualifizierungen durchsetzen können. Wir wollen künftig die Mitbestimmung auch generell bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit muss gestärkt und Leiharbeitnehmer müssen bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten berücksichtigt werden. Auch bei der Weiterbildung brauchen Betriebsräte mehr Rechte, ebenso um einen Sozialplan bei Betriebsübergang zu verhandeln. Und wir wollen die Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung in den Betrieben stärken.
- **Betriebsratswahlen 2010 – Initiative zur Gründung von Betriebsräten.** Nur jeder 17. Betrieb mit 5 bis 50 Beschäftigten hat einen Betriebsrat. In vielen Fällen wird ein Betriebsrat von den Beschäftigten gewünscht, aber vom Unternehmen blockiert. Die nächste SPD-geführte Bundesregierung wird im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2010 eine Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten. Wir wollen, dass die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes möglichst umfassend genutzt werden.

4. Bildung ist Menschenrecht

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung als Menschenrecht ist die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Solange in unserem Bildungssystem Hürden für benachteiligte Menschen bestehen, bleiben die Chancen ungerecht verteilt.

Lebenslanges Lernen ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Es gibt Orientierung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Bildung vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen. Dies macht es ihnen möglich, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in unserer Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Wir plädieren für eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit Volkshochschulen und an-

deren außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie kulturellen Institutionen wie Bibliotheken, Museen, Theatern und Kinos.

Das Menschenrecht auf Bildung endet nicht mit dem Erwachsenwerden. Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, der verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase. Wir bekennen uns zu Bildung als öffentlichem Gut und sehen Staat und Politik in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren.

Das Menschenrecht auf Bildung können wir nur gemeinsam verwirklichen. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn von der Bildung der und des Einzelnen profitiert die gesamte Gesellschaft. Gute Bildung für alle ist Voraussetzung für Fortschritt und den zukünftigen Wohlstand des Landes.

Lehrerinnen und Lehrer in allen Bildungsbereichen leisten viel – ihr Engagement verdient mehr Anerkennung. Gemeinsam mit den Eltern legen sie das Fundament unserer Zukunft.

Kinder und Eltern fragen nicht, welche politische Ebene für ihre Bildung zuständig ist. Kinder brauchen qualifizierte und motivierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln und renovierte Klassenzimmer. Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Wir brauchen einen neuen Bildungskonsens und gemeinsame Ziele

- **Alle Schülerinnen und Schüler brauchen einen Abschluss.** Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass jährlich 80.000 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss bleiben. Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass diese Zahl jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird.
- **Mehr Geld für Bildung.** Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Unser Ziel: bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung. Wir haben dieses Ziel beim Bildungsgipfel 2008 durchgesetzt.

- **Solidarbeitrag für Bildung.** Gerade in der Krise kommt es darauf an, dass wir ausreichend Geld in die Bildung investieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Und gerade in der Krise kommt es darauf an, diese Kosten gerecht zu verteilen. Darum werden wir einen Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen einführen.
- **Ausbildung und Beruf.** Wir brauchen in Zukunft mehr gut qualifizierte Fachkräfte. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen einen Berufsabschluss oder Abitur haben. Wir wollen das duale System stärken und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den regelmäßigen Zugang zu beruflicher Weiterbildung ermöglichen (siehe Kapitel „Gute Arbeit sichern“).
- **Integration.** Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung – das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren.
- **Die Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel aller Kinder hat mindestens einen Elternteil, der aus einem anderen Land eingewandert ist. Viele dieser Kinder sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Auch sie haben ein Recht auf die gleichen Bildungschancen, auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen.

Eine starke Ausbildungsförderung für mehr Gerechtigkeit in der Bildung

- **BAföG: Tradition verpflichtet.** Die Sozialdemokratie hat das BAföG zu Beginn der 70er Jahre eingeführt, weil es eine wichtige Bedingung für Chancengleichheit in der Bildung ist. An dieser Tradition knüpfen wir an.
- **BAföG für Schüler.** Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe finanziell unterstützt werden.
- **BAföG für Studierende.** Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Dazu gehört auch, die Altersgrenze für den BAföG-Bezug anzuheben.
- **Meister-BAföG.** Wir werden die Regeln des Meister-BAföG und des BAföG in einem Erwachsenenfortbildungsgesetz zusammenfassen.

- **Das BAföG muss zum Leben reichen.** Darum werden wir es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen.

Gute Bildung für alle von Anfang an

- **Betreuung ab eins.** Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein Recht auf Ganztagsbetreuung machen.
- **Bessere Qualität und Gebührenfreiheit.** Die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung steht für uns an erster Stelle aller Anstrengungen, denn es geht um das einzelne Kind. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundesweit einheitlich im SGB VIII geregelt wird. In weiteren Schritten geht es um eine vollständige Gebührenfreiheit. An den dafür erforderlichen Mitteln wird sich der Bund beteiligen. Wir erwarten das auch von den Ländern, soweit es noch nicht hinreichend geschieht.
- **Erziehungsarbeit aufwerten.** Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige Arbeit, sie tragen große Verantwortung. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessenere Bezahlung verbessern.
- **Verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule.** Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muss Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.

Gemeinsames Lernen, alle Kinder fördern, kein Kind zurücklassen

- **Mehr Durchlässigkeit.** Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Die SPD wird sich weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden.
- **Ganztagschulen ausbauen.** Mit dem Ganztagsschulprogramm haben wir in der Zeit der rot-grünen Regierung einen Durchbruch in der Bildungspolitik geschafft. Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend auszubauen. Alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können.

- **Sozialarbeit an jeder Schule mit Bedarf.** Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen mehr Unterstützung erhalten. Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mindestens eine/n Schul-Sozialarbeiter/in erhalten.
- **Inklusive Bildung.** Wir werden dafür eintreten, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen.
- **Berufsorientierung an allen Schulen.** Wir wollen die Arbeits- und Berufsorientierung in der Schule fest verankern. Sie soll gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein. Schule und Betrieb müssen dafür besser verzahnt werden.

Offene Hochschulen

- **Keine Studiengebühren.** Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen zu einem gebührenfreien Erststudium bis einschließlich zum Master.
- **Geld folgt Studierenden.** Verantwortlich für die Hochschulen bleibt der Staat. Wir werden eine gerechte Verteilung der Lasten herstellen und die Hochschulfinanzierung auf ein wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ umstellen. Damit wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierwilligen erreichen.
- **Mehr Studienplätze.** Wir halten an dem Ziel fest, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen. Wir werden den Hochschulpakt konsequent und überprüfbar umsetzen.
- **Gute Lehre und Beratung.** Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze setzen wir uns auch die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen zum Ziel. Die SPD fordert, dass der durch die Studienstrukturreform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen.
- **Zugang erleichtern.** Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können, und werden den Zugang zu den Hochschulen für diese Personengruppe weiter öffnen. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für uns gleichrangig mit einem allgemeinbildenden Abschluss.
- **Zulassung zentral regeln.** Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen beteiligt sein am zentralen Servicever-

fahren. So können alle Kapazitäten ausgenutzt werden und die Studierenden gemäß ihrer Neigung studieren.

- **Gesellschaftliche Verantwortung lehren.** Hochschulen dürfen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass dort nicht nur Inhalte weitergegeben werden, sondern der Sinn für gesellschaftliche Verantwortung gestärkt wird.
- **Demokratische Hochschule.** Wir stehen für starke, offene und demokratische Hochschulen ein. Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die inneruniversitäre Demokratie stärken: Alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden.
- **Mehr Frauen in Leitungsfunktionen.** Wir wollen, dass mehr Frauen Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen übernehmen. Deshalb werden wir konkrete Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung abschließen.
- **Professorinnen-Programm.** Wir wollen den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

Wissenschaftspolitik

- **Exzellenzinitiative fortsetzen.** Die Exzellenzinitiative ist ein sozialdemokratisches Erfolgsprojekt, das den Wissenschaftsstandort Deutschland erheblich aufgewertet hat. Wir werden sie über das Jahr 2011 hinaus fortsetzen.
- **Internationaler Wissenschaftsstandort.** Wir wollen die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiterentwickeln, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben. Das Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten sind dafür wesentliche Faktoren. Wir müssen sie so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein.
- **Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.** Wir wollen die Juniorprofessur nachhaltig ausbauen. Wir werden ein Förderprogramm für den akademischen Mittelbau sowie für attraktive Anwerbe- und Rückholprogramme auflegen.
- **Wissenschaftliche Kooperation erleichtern.** Um die Bildung von Clustern und Forschungsnetzen zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen

und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren.

- **Forschungseinrichtungen besser fördern.** Wir werden den Pakt für Forschung fortsetzen und weiterentwickeln.

5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung stehen dafür, dass sich die Gesamtsteuerlast gerecht nach Leistungskraft verteilt. Das heißt für uns: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Denn sie können mehr tragen als schwache.

Unsere Steuerpolitik folgt dem Prinzip, wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Bei der Besteuerung von Unternehmen haben wir wichtige Fortschritte erzielt. Einem weitergehenden Steuersenkungswettlauf werden wir entschieden entgegentreten. Gewinnverlagerung, Steuergestaltung und übermäßiger Fremdfinanzierung globaler Konzerne wollen wir auch weiter Einhalt gebieten. Wer seine Gewinne in Deutschland erwirtschaftet, soll hierzulande seine Steuern zahlen. Wer das nicht tut, schadet allen, die mit ihren Steuern die Leistungen des Staates finanzieren müssen. Deshalb bekämpfen wir den internationalen Steuerbetrug und den schädlichen Steuerwettbewerb.

Wer durch hohe Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss einen stärkeren Solidarbeitrag vor allem zur Finanzierung von Kinderbetreuung und Bildung leisten. Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Lohnsteuerbonus einführen

- **Konsequente Vereinfachung.** Wir wollen, dass Millionen von Steuerpflichtigen mit ihrer Steuererklärung keinen Aufwand mehr betreiben müssen.
- **300 Euro Lohnsteuer-Bonus.** Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler

rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 Euro und Singles in Höhe von 300 Euro pro Jahr. Der Bonus entlastet alle, die ihn nutzen wollen, und vereinfacht das Steuerverfahren.

- **Millionen Steuerpflichtige profitieren.** Das Angebot richtet sich an alle 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen – und wird sich für viele lohnen. Allein zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben zurzeit keine Lohnsteuererklärung ab, da sie den Aufwand scheuen, weil sie keine Erstattung erwarten oder weil ihnen das Steuerrecht schlicht zu kompliziert ist. Hinzu kommen all diejenigen, die nur eine geringe Erstattung erwarten oder sich künftig gern den Aufwand für die Erstellung einer Lohnsteuererklärung sparen wollen.
- **Maximale Transparenz und Vereinfachung.** Die Lohnsteuer wird nach geltendem Recht ermittelt, also auch unter Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags oder des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende. Der Arbeitgeber zieht sie wie bisher ein. Wenn sie vollständig gezahlt ist, gibt es künftig anstelle des aufwändigen „einkommensteuerlichen Veranlagungsverfahrens“ die Alternative der Postkarte ans Finanzamt.
- **Berechenbar und gerecht.** Jeder, der das Angebot annimmt, weiß sofort, wie hoch seine Entlastung ausfällt. Besonders attraktiv ist diese Option für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen – so wird der Lohnsteuer-Bonus zu einem Ausgleich für die Sozialversicherungsbelastungen im (nahezu steuerfreien) Niedriglohnbereich.
- **Auch die Finanzämter profitieren.** Die Finanzämter werden deutlich entlastet, denn dort fällt weniger Arbeit an. Damit werden Kapazitäten frei, die wir für eine konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung nutzen können.
- **Erst durch die Abgeltungssteuer möglich.** Durch die Abgeltungssteuer werden Kapitalerträge bereits an der Quelle belastet. Deshalb müssen diese Einkünfte nicht mehr steuerlich erfasst werden. Erst die Abgeltungssteuer macht es möglich, den Lohnsteuer-Bonus sehr vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anzubieten.

Gerechte Steuern

- **Entlastung der Normalverdienenden.** Eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik muss akzeptieren, dass es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen gibt. Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.

- **Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 Prozent.** Mit der Absenkung des Eingangssteuersatzes von bislang 14 Prozent auf 10 Prozent entlasten wir gezielt untere und mittlere Einkommen. Wir wollen den Tarifverlauf so gestalten, dass es Entlastungen bis zu einem versteuernden Jahreseinkommen von 52.882 Euro (Verheiratete 105.764 Euro) gibt. Hiervon werden im Vergleich zum Tarifverlauf 2010 über 24,6 Millionen Menschen profitieren.
- **Geschlechtergerechtes Steuersystem.** Unser Einkommenssteuerrecht zementiert mit dem Ehegattensplitting und der Steuerklasse V die alten Rollenmuster. Mit der Einführung des so genannten „Faktorverfahrens“ ist ein erster Schritt für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen den Eheleuten erfolgt. Der Vorteil des Ehegattensplittings ist umso größer, je höher das Einkommen und je größer die Einkommensunterschiede zwischen den Ehegatten sind. Wir wollen das Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird und der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird. Frei werdende Mittel werden wir in die Erziehung und die Bildung von Kindern investieren.
- **Gerechter Kindergrundfreibetrag.** Wir werden den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro schon ab dem 1. Januar 2010 um weitere 200 Euro je Kind erhöhen und damit eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren. Wir wollen zudem mittelfristig den Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist – gleichgültig, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Um das zu erreichen, streben wir die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an, der alle Kinder gleich fördert. Während der Kinderfreibetrag umso stärker wirkt, je höher das Einkommen ist, gewährleistet der Kindergrundfreibetrag für alle die gleiche Entlastung.
- **Steuergerechtigkeit durch Abzug von der Steuerschuld.** Spitzenverdiener profitieren in besonderer Weise von Fördertatbeständen, die als Abzug von der Bemessungsgrundlage ausgestaltet sind. Je höher das Einkommen ist, desto höher ist die Entlastung. Wir wollen daher die steuerliche Förderung stärker auf den Abzug von der Steuerschuld ausrichten, der für alle zu gleich hohen Entlastungen führt.

Solidarischer Lastenausgleich in und nach der Wirtschaftskrise

- **Solidarischer Lastenausgleich.** Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt unserer Gemeinschaft enorme Lasten ab. Die öffentlichen Haushalte werden durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen belastet. Während die Ursachen der Krise in erster Linie im unverantwortlichen Handeln der Fi-

nanzmanager liegen und die Vermögenden von diesem Fehlverhalten profitiert haben, hat die Allgemeinheit die Kosten zu tragen. Um zumindest einen teilweisen Ausgleich der Lasten zu erreichen, bündeln wir wichtige Maßnahmen zu einem solidarischen Lastenausgleich.

- **Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“.** Wir machen mit dem Ziel des Bildungsgipfels 2008 Ernst, die gesellschaftlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und unser Land im Bildungsbereich zukunftsfähiger zu machen. Um dieses Ziel erreichen zu können, schlagen wir einen Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben.
- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent (Normalsatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf börsliche Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1.000 Euro einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.
- **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen.** In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust und in Steueroasen verlagert. Die daran beteiligten Staaten müssen dazu gebracht werden, sich an die internationalen Standards des Informationsaustausches im Besteuerungsverfahren zu halten. Besteht diese Kooperationsbereitschaft nicht und kommt der Steuerpflichtige selbst seinen Mitwirkungspflichten ebenfalls nicht nach, so müssen Sanktionen verhängt werden können, wie z. B. die Einschränkung der Anerkennung von Betriebsausgaben/Werbungskosten. Nur mit entsprechenden Sanktionen kann die gesetzmäßige Durchsetzung des Steueranspruchs wieder sichergestellt werden. Wer Steuern hinterzieht, muss in Zukunft zudem einen deutlich höheren Zinssatz als die geltenden sechs Prozent zahlen. Durch diese Maßnahmen ist eine merkbliche Einschränkung des bisherigen Steuerausfallvolumens zu erwarten.
- **Umsatzsteuerbetrug und organisierte Kriminalität bekämpfen.** Ähnlich der internationalen Steuerhinterziehung werden der Gemeinschaft der Steuerzahler auch beim Betrug mit der Umsatzsteuer jährlich Milliarden Euro vorenthalten, häufig auch durch betrügerische „Karussellgeschäfte“. Dieser kriminellen Energie muss entschieden entgegengetreten werden, und der Fahndungs- und Prüfungsdruck auf Umsatzsteuerbetrüger muss erhöht werden.

6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität: Er gründet sich darauf, dass Menschen füreinander eintreten – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende: Die Gemeinschaft für Hilfebedürftige. Er erweitert die liberalen Bürgerrechte um soziale Rechte: Die großen Lebensrisiken werden auf Grundlage vorheriger Beiträge abgesichert – soziale Sicherung ist damit kein Almosen oder von willkürlichen Entscheidungen abhängig, sondern es besteht ein Rechtsanspruch auf Grundlage vorheriger Gegenleistungen.

Damit die Systeme der sozialen Sicherung diese Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, müssen wir sie an veränderte Bedingungen anpassen. Der vorsorgende Sozialstaat ist unser Leitbild organisierter Solidarität. Wir wollen eine Modernisierung der Sozialversicherungen, um damit auf den Wandel in der Arbeitswelt zu reagieren.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Alle für alle – Das Prinzip Bürgersozialversicherung

Die Bürgersozialversicherung als Leitprinzip. Unser System der sozialen Sicherung wird einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ und einer veränderten Arbeitsgesellschaft zum Teil nicht mehr gerecht. Der Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherungen ist unser Leitprinzip weit über eine Legislaturperiode hinaus. Am Ende des Prozesses soll ein Sozialstaat stehen, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Krankheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Altersversorgung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht. Dieser Gedanke setzt einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens für einen bürgerorientierten Sozialstaat voraus. In der kommenden Legislaturperiode werden wir weitere Schritte in diese Richtung gehen.

Solidarische Alterssicherung

- **Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung.** Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt um die betriebliche und private Altersvorsorge, gibt es keine bessere Alternative. Die Bedeutung der gesetzlichen Altersrente wird gerade in Zeiten der Finanzkrise deutlich. Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Wir wissen

aber auch, dass die Menschen während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter verbessert werden muss. Auch wollen wir den individuellen Bedürfnissen der Menschen beim Übergang von Erwerbs- zu Ruhestandsphase besser entsprechen und vor Altersarmut bewahren. Dabei ist für uns klar: Die Renten müssen auch in Zukunft die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben.

- **Beschäftigungsfähigkeit erhalten.** Die zentrale Voraussetzung der Altersvorsorge ist, dass Menschen möglichst lange zu guten Bedingungen im Erwerb leben können. Wir wollen daher alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange gesund am Arbeitsleben teilhaben können und psychisch und körperlich belastende Arbeitsbedingungen weitgehend vermieden werden.
- **„Gute Arbeit“ für existenzsichernde Renten.** Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein. Wir werden einen Anspruch auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für deutlich leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60 Jahren schaffen, um dieser Gruppe die Gelegenheit zur Teilhabe an Arbeit und zum Erwerb von Rentenanwartschaften zu geben.
- **Schließen von Lücken in der Versicherungsbiographie.** Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit haben in der Vergangenheit zu Lücken in der Versicherungsbiographie geführt. Deshalb wollen wir das Risiko reduzieren, dass langjährig Erwerbstätige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Um geringe Anwartschaften bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern besser zu bewerten, werden wir das Instrument der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten noch einmal für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind.
- **Alterssicherung in der zweiten und dritten Säule.** Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung als zweiter Säule und der geförderten privaten Vorsorge („Riester-Rente“) als dritter Säule ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Wir wollen die Absicherung durch diese zusätzlichen Säulen verbessern. Zukünftig soll auch das Risiko der Erwerbsunfähigkeit obligatorisch und zu gleichen Konditionen abgesichert werden.

- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente

- **Mehr Flexibilität im Übergang.** Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.
- **Geförderte Altersteilzeit.** Die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit werden wir bis 2015 verlängern, wenn ein Unternehmen eine frei werdende Stelle mit einem Auszubildenden oder Ausbildungsabsolventen neu besetzt. Zudem wollen wir im Rahmen der Altersteilzeit individuellen und betrieblichen Bedürfnissen besser gerecht werden.
- **Teilrente.** Die Möglichkeit, eine Altersrente auch als Teilrente bei paralleler Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, wollen wir bereits ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen.
- **Zusätzliche Beiträge.** Auch im Rahmen der Rentenversicherung ist eine höhere Flexibilität möglich, ohne die Rentenversicherung mit Kosten zu belasten: Hierzu soll sowohl den Versicherten als auch den Unternehmen und tariflichen Fonds die Möglichkeit gegeben werden, mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang die Abschläge abzukaufen oder Zuschläge zur Rente zu erwerben und so den Schutz im Alter oder bei Erwerbsminderung zu erhöhen.

Erweiterung der Rentenversicherung

- **Einbeziehung der Solo-Selbstständigen.** Die Arbeitswelt hat sich verändert. In den heutigen Erwerbsbiographien sind Übergänge von abhängiger Beschäftigung, Selbständigkeit oder freiberuflicher Tätigkeit häufiger, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb wollen wir die Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt wollen wir alle Solo-Selbstständigen einbeziehen, sofern sie nicht in einem berufsständischen Versorgungswerk eine der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbare Altersversorgung haben.

Bürgerversicherungen bei Gesundheit und Pflege

- **Mehr Gesundheit für alle.** Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflege für alle Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und für gleichberechtigte

gesellschaftliche Teilhabe. Dies trägt zu einem würdigen Leben, zu einer guten Lebensqualität, zu gesellschaftlichem Wohlstand, zu ökonomischer Prosperität und damit zu sozialem Frieden bei. Für uns ist die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger Aufgabe und Verantwortung staatlicher Daseinsvorsorge.

- **Alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.** Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken (Risikostrukturausgleich) sowie dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- **Solidarische Finanzierung.** Wir wollen alle Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben heranziehen und deshalb den Steueranteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen. Im Rahmen des Gesundheitsfonds wollen wir den neuen Risikoausgleich, der die unterschiedlichen Krankheitsrisiken berücksichtigt, („morbidityorientierter Risikostrukturausgleich“) weiterentwickeln und die private Krankenversicherung einbeziehen. Und wir werden dafür sorgen, dass der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgebern getragen wird. Wir werden einen Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung einführen. Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen beteiligen, ist die Finanzierung der Pflegeversicherung einschließlich der notwendigen zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräfte ohne Beitragsanhebung auch längerfristig gesichert.

Gute Versorgung für alle

- **Gute Versorgung in allen Regionen.** Wir wollen auch in Zukunft keine Zweiklassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben. Um eine gleichmäßige Versorgung sicherzustellen, Über- und Unterversorgung abzubauen, brauchen wir weitere Schritte zur Flexibilisierung des Vertragsgeschehens. Kollektiv- und Einzelverträge gewährleisten zusammen eine ausreichende flächendeckende Versorgung. Um das Honorarsystem transparent und gerecht zu gestalten und um eine Diskriminierung gesetzlich Versicherter zu vermeiden, wollen wir eine einheitliche Gebührenordnung für die ambulante medizinische Versorgung.
- **Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Versorgung.** Wir wollen die Krankenhäuser weiter für die ambulante Versorgung öffnen. Wir wollen für gleiche

Leistungen – unabhängig davon, wo oder für wen sie erbracht werden – die gleiche Vergütung zahlen. Dabei darf es nicht zu Verzerrungen in Folge der unterschiedlichen Finanzierungsregelungen für die ambulante und stationäre Versorgung kommen.

- **Auf erfolgreichen Reformen aufbauen.** Mit der Gesundheitsreform von 2007 haben wir die Basis für ein modernes, leistungsfähiges und faires Gesundheitswesen und für eine gerechte Verteilung der Beitragsmittel geschaffen. Wir haben trotz notwendiger Kompromisse dafür gesorgt, dass die Zuzahlungen nicht ausgeweitet wurden und dass alle Menschen auch in Zukunft Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung auf dem jeweils aktuellen Stand des medizinischen Wissens haben.
- **Am medizinischen Fortschritt teilhaben.** Unser Ziel ist und bleibt, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Angesichts dieses Fortschritts und der damit verbundenen Gesellschaft des längeren Lebens müssen wir dafür sorgen, dass das Geld der Beitragszahler genau dorthin fließt, wo es benötigt wird. Nur der verantwortliche Umgang aller Akteure mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sichert eine gute Zukunft unseres Gesundheitssystems. Daran werden wir weitere Reformen – insbesondere auch der Institutionen – des Gesundheitswesens ausrichten.
- **Wohnortnahe ärztliche Versorgung.** In einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ gilt es, die Teilhabe aller auch am Gesundheitswesen zu sichern. Dazu gehören eine wohnortnahe ambulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, die Sicherung der freien Arztwahl und die Stärkung der Zusammenarbeit der ambulant tätigen Haus- und Fachärzte mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Qualität sichern – Patienten stärken

- **Zukunft der Gesundheitsberufe.** Auch die Gesundheitsberufe müssen sich verändern. Es bleibt der freien Wahl der Ärztinnen und Ärzte überlassen, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiten wollen, in niedergelassener Praxis oder im Medizinischen Versorgungszentrum. Ärztliche und nicht-ärztliche medizinische Berufe müssen stärker als bisher zusammenarbeiten, so dass jeder im Gesundheitswesen seine Kompetenz optimal einbringen kann. Flache Hierarchien, Entlastung der Ärzte von bürokratischen Aufgaben durch spezialisierte Assistenzkräfte und mehr technologische Unterstützung, mehr Kompetenzen für pflegerische Berufe sind der Weg der Zukunft. Eine ganz besondere Herausforderung ergibt sich aus dem demographischen Wandel: Für alle Gesundheitsberufe müssen die Geriatrie und die Palliativversorgung wichtige Schwerpunkte in Ausbildung, Forschung und Arbeit werden. Dem Genderge-

danken wollen wir im Gesundheitswesen durch geschlechterspezifische Forschung und Versorgung Geltung verschaffen.

- **Ausbau der integrierten Versorgung.** Jede Patientin und jeder Patient muss die Sicherheit haben, dass alle an der Behandlung Beteiligten verlässlich zusammenarbeiten und abgestimmte Behandlungsstrategien verfolgen. Dazu wollen wir die integrierte Versorgung ausbauen und deren Finanzierung sicherstellen. Gleiches gilt für die Versorgung chronisch kranker Menschen durch leitliniengestützte und evidenzbasierte Behandlungsprogramme.
- **Neutrale Nutzenbewertung von Leistungen.** Der Ausbau der Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel und Therapien sowie der Ausbau der patientenverständlichen Information durch neutrale Institutionen tragen zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens bei.
- **Prävention stärken.** Zu einer vorsorgenden Gesundheitspolitik gehört es, Krankheiten vorzubeugen, gesundheitsförderliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu realisieren und soziale Unterschiede in Gesundheitschancen und Lebenserwartung auszugleichen. Mit einem Präventionsgesetz wollen wir die Primärprävention stärken und Gesundheitsziele als Handlungsrahmen definieren. Es muss bei sozialen Lebenswelten (Stadtquartier, Arbeitsplatz, Schule etc.) ansetzen. Bund, Länder und Kommunen, die Sozialversicherungsträger sowie die Private Krankenversicherung müssen in die Verantwortung bei der Finanzierung einbezogen werden. Arbeitsverdichtung und unsichere Beschäftigungen können krank machen: nicht zuletzt ist daher der Einsatz für Gute Arbeit ein wichtiger Beitrag zu einer präventiven Gesundheitspolitik.
- **Patientenrechte.** Eine leistungsfähige und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitspolitik bedarf besserer und transparenterer Patientenrechte. Dazu gehört auch, die bislang zersplitterten und undurchsichtigen Rechte der Patienten und Patientinnen in einem Gesetz zusammenzuführen und insbesondere hinsichtlich Fehlervermeidung und Risikomanagement sowie Regulierung bei eingetretenen Schäden zu stärken. Darüber hinaus werden wir die unabhängigen Patientenberatungsstellen auf eine dauerhaft sichere finanzielle Grundlage stellen.
- **Gesundheitswesen als Wachstumssektor.** Die soziale Gesundheitswirtschaft ist eine der beschäftigungstärksten Branchen Deutschlands. Die Wachstumspotenziale sind enorm. Investitionen in Gesundheit sind Zukunftsinvestitionen.

Menschenwürdige Pflege

- **Qualität der Pflege.** Mit der Pflegereform 2008 haben wir die Leistungen für – insbesondere auch an Demenz erkrankte – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert und die Grundlagen für mehr Pflegequalität und Transparenz geschaffen. Gerade die ambulante Pflege wird gestärkt durch die neuen Möglichkeiten für Angehörige, bei befristeter Freistellung von der Arbeit und voller sozialer Sicherheit die Pflege zu übernehmen (Pflegezeit). Auch die neue quartiersnahe Pflegeberatung aus einer Hand in den Pflegestützpunkten leistet hierzu einen Beitrag.
- **Neuer Begriff der Pflegebedürftigkeit.** Mit der Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir die Hilfen der Pflegeversicherung zielgenauer auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausrichten. Wir wollen weg von der „Minutenpflege“ hin zu einer Pflege, die den Menschen in seiner Gesamtheit wahrnimmt und den Hilfebedarf an dem Grad der Einschränkung seiner Selbstständigkeit ausrichtet.
- **Wohnortnahe Angebote.** Zusammen mit Ländern und Gemeinden müssen die Hilfen vor Ort in den nächsten Jahren so weiterentwickelt werden, dass für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen überall wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und die häusliche Pflege gestärkt werden kann.
- **Freistellungsanspruch.** Für nahe Angehörige wollen wir einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tagen einführen, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.

7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: Jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft.

Wir müssen jungen Paaren Sicherheit und Freiräume geben, damit der Wunsch nach Kindern auch realisiert werden kann. Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld: am Arbeitsplatz und am Wohnort, auf dem Land oder in der Stadt. Sie brauchen eine gute Unterstützungsinfrastruktur, die im Alltag entlastet, und

die Gewissheit, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden. Familie ist der Ort, wo Ehe und Partnerschaft gelebt werden, wo Ehe- und Lebenspartner vereinbaren, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung aufteilen, und an dem Gleichberechtigung konkret wird. Wir haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan: Elterngeld, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag und Ganztagschulen ermöglichen mehr Familien mehr Entscheidungsfreiheit und die partnerschaftliche Bewältigung der Aufgaben. Deshalb wollen wir unser Steuersystem geschlechtergerecht ausgestalten, damit es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nichts im Wege steht. Alleinerziehende müssen täglich mehr leisten als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Bei dieser Aufgabe verdienen sie die besondere Unterstützung der Gesellschaft.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Das ist leider noch nicht Realität. Der beste Schutz vor Kinderarmut ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit der Eltern. Zur Bekämpfung der Kinderarmut wollen wir eine intensive Abstimmung der kinder-, jugend-, sozial- und bildungspolitischen Instrumente über die politischen Ebenen hinweg. Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Familien brauchen mehr Zeit, finanzielle Unterstützung und eine bessere Infrastruktur

- **Bessere Kinderbetreuung.** Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechtsanspruch soll zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden. Wir wollen eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung.
- **Eltern-Kind-Zentren – als Regelangebot und an jedem Ort.** Wir wollen die Kindertagsstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Sie bieten umfassende Hilfe und Beratung für Eltern.
- **Nationale Kinderkonferenz.** Um in allen Fragen des Betreuungsausbaus zügig voranzukommen, wollen wir eine Nationale Kinderkonferenz einrichten.
- **Elterngeld und Partnermonate verbessern.** Das Elterngeld und die Partnermonate wollen wir so weiterentwickeln, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird. Wir wollen, dass Mütter und Väter gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in Anspruch nehmen können. Dafür wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier („12+4-Modell“) erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.

- **Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.** Elternteile, die ihre Kinder allein erziehen, meistern besondere Belastungen und tragen mit ihren Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko. Ihnen wollen wir – neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung – mit gezielten Maßnahmen helfen. Hierzu gehört eine spezialisierte Betreuung in den Arbeitsagenturen, die besser als bisher auch mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen vernetzt ist. Wir werden Familien mit niedrigem Einkommen dabei unterstützen, personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
- **Unterhaltsvorschuss.** Die Situation von Alleinerziehenden ist seit Jahren prekär. Deshalb werden wir die Voraussetzungen für den Unterhaltsvorschuss flexibel gestalten und damit die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern verbessern. Bund, Länder und Kommunen werden Maßnahmen verabreden, damit zukünftig der Vorschuss konsequent von den Unterhaltspflichtigen zurückgefordert wird.

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen: Aktionsplan gegen Armut

- **Aktionsplan gegen Kinderarmut.** Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Hauptursachen von Armut sind Arbeitslosigkeit oder ein unzureichendes Erwerbseinkommen der Eltern. Neben der materiellen Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb werden wir einen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem wir Maßnahmen aus allen Politikbereichen zu einer integrierten Strategie bündeln. Besonders wichtig sind dabei:
- **Gute Arbeit für die Eltern.** Vermittlung in Gute Arbeit und Qualifizierung, ein gesetzlicher Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen entscheidend, um Familien vor Armut zu schützen.
- **Gleiche Bildungschancen.** Jedes Kind muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft von Beginn an gefördert werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für integrative Schulformen und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Und wir wollen Jugendlichen das Recht geben, einen Schulabschluss nachzuholen. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

- **Grundsicherung für Kinder.** Mit dem Schulstarterpaket, dem einmaligen Kinderbonus und der Einführung und Anhebung des Regelsatzes in der Grundsicherung für die 6- bis-13-Jährigen haben wir viel erreicht. Wir wollen eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern.

Kinder- und Jugendpolitik

- **Kinderrechte ins Grundgesetz.** Um Kindern eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Eine eigenständige Jugendpolitik.** Die Jugend ist eine spezielle Phase der Orientierung und der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit. Die Anforderungen an die heutige junge Generation sind durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen. Mit einer starken Jugendpolitik wollen wir den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung tragen.
- **Freiwilliges Engagement fördern.** Die Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und ein Bildungsjahr. Wir werden die Jugendfreiwilligendienste stärken. Mittelfristig wollen wir allen Jugendlichen, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren wollen, einen Platz anbieten. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.
- **Gesundes Aufwachsen.** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Mit einem Präventionsgesetz, das einen besonderen Fokus auf junge Menschen legt, werden wir die systematische Vernetzung des lokalen Gesundheitswesens mit der Kinder- und Jugendhilfe fördern.
- **Kinder und Jugendliche als „kritische Konsumenten“.** Wir werden Kinder und Jugendliche als Verbraucher stärker in den Fokus nehmen: Sie brauchen besonderen Schutz – vor gefährlichen Produkten und unseriösen Anbietern. Für eine gesunde Ernährung brauchen sie einwandfreie Lebensmittel, sie brauchen sichere Produkte und eine Anleitung zum „kritischen Konsum“.

8. Die soziale Gesellschaft im Wandel

In unruhigen Zeiten wächst das Bedürfnis nach Zusammenhalt. Der Markt radikalismus hat die soziale Schere vergrößert, die Fliehkräfte in der Gesellschaft haben sich verstärkt. Wir brauchen eine neue Gemeinsamkeit. Und wir müssen uns neu darüber verständigen, wie wir Zusammenhalt organisieren und öffentliche Güter bereitstellen.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob wir als gute Nachbarn zusammenleben, ob alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben und mitwirken können. Besonders in den großen Städten müssen wir Menschen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abseits holen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit deren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Familien leben in den unterschiedlichsten Formen zusammen. Immer mehr junge Frauen und Männer wollen Erwerbsarbeit und Familienarbeit partnerschaftlich vereinbaren. Die Gesellschaft ist in der Pflicht, ihnen diesen Lebensentwurf zu ermöglichen.

Der Sozialstaat braucht organisierte Solidarität – und Menschen, die füreinander eintreten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Stiftungen und Freiwilligendiensten. Besonders ältere Menschen zeigen eine wachsende Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen nach wie vor auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

Wir wollen unsere erfolgreiche Arbeit für den Ausbau einer solidarischen Bürgergesellschaft durch den Ausbau von Infrastruktur und Rahmenbedingungen fortsetzen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration

- **Kultur der Anerkennung.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern kulturelle Unterschiede als Möglichkeit neuer Gemeinsamkeit begreift. Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.
- **Integration durch Teilhabe.** Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.
- **Interkulturelle Qualifizierung der öffentlichen Verwaltung.** Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantanteil an den Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.
- **Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft.** Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.
- **Deutschland muss für Fachkräfte attraktiver werden.** Wir müssen und wollen für Einwanderer attraktiver werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.

- **Abschlüsse aus Herkunftsländern anerkennen.** Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.
- **Kettenduldungen vermeiden.** Mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz wurde die Duldung zwar nicht gänzlich abgeschafft, aber für Geduldete der erste Schritt zum Übergang in einen gesicherten humanitären Aufenthalt getan. Ergänzt wurden die Regelungen zum humanitären Aufenthalt mit der erfolgreichen Bleiberechtsregelung 2007. Wir setzen uns für die Abschaffung der Kettenduldungen ein – kann der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden.
- **Ehegattennachzug.** Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.
- **Humane Flüchtlingspolitik.** Für die Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland geflüchtet sind, muss gelten, dass wir die humanitären Spielräume konsequent nutzen. Außerdem müssen Flüchtlinge angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten. Für Opfer von Zwangsheirat wollen wir ein erweitertes Wiederkehrrecht einführen.

Gleichstellung

- **Gleiche Chancen, gleiche Bezahlung.** Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- **Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagsangebotes weiter fortsetzen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt, wir werden es weiterentwickeln.
- **Bekämpfung von Gewalt.** Gewalt gegen Frauen, die Verletzung ihrer Menschenwürde, Ausbeutung und Frauenhandel werden wir nicht dulden – sie zerstören das gesellschaftliche Zusammenleben und den inneren Frieden.

- **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.** Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden wir mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abschaffen.
- **Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe.** Wir werden neben der aktiven Frauenförderung die Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe machen. In allen Politikbereichen werden wir jede Maßnahme dahingehend überprüfen, ob sie die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringt. Wir werden für das GenderKompetenzZentrum eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen.
- **Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern.** Wir werden den Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen.

Teilhabe und Einbeziehung von Menschen mit Behinderung

- **Teilhabe und Einbeziehung in allen Lebensbereichen.** Alle Menschen mit Behinderungen müssen an unserer Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben und einbezogen werden – so wie sie sind (Inklusion). Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns Grund, die Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung konsequent fortzusetzen und das Antidiskriminierungsrecht auf europäischer und nationaler Ebene weiterzuentwickeln. Wir wollen erreichen, dass möglichst alle Menschen mit Behinderungen so lernen, arbeiten, wohnen und leben können, wie sie es selbst möchten. Dafür brauchen wir ein Gesamtkonzept für Teilhabe und Inklusion behinderter, pflegebedürftiger und alter Menschen, das sich nicht auf Versorgung beschränkt, sondern an den Bürger- und Menschenrechten dieser gesellschaftlichen Gruppen orientiert. Die Eingliederungshilfe soll mit Unterstützung eines Teilhaberates weiterentwickelt werden, damit die Leistungen den Menschen folgen und nicht umgekehrt.
- **Nationaler Aktionsplan.** Dies wird Bestandteil eines Nationalen Aktionsplans, der zunächst für den Zeitraum 2010-2020 Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention bündelt. In diesem Prozess sind alle gefordert: die nationale, föderale und kommunale Ebene, Wirtschaft und Gewerkschaften, Verbände, Selbsthilfegruppen, Zivilgesellschaft und – nicht zuletzt – die Betroffenen selbst. Das Ziel, an dem alle mitwirken werden, ist das Leitbild der Konvention: eine inklusive Gesellschaft!
- **Von Anfang an gemeinsam – Trennungen überwinden.** Teilhabe von Anfang an bedeutet, gemeinsames Leben und Lernen für alle von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Ländern wol-

len wir einen Paradigmenwechsel zu gemeinsamer Erziehung und Bildung erreichen. Parallel zu den Bemühungen der Länder im Vorschul- und Schulbereich wird der Bund die integrative Berufsausbildung und Weiterbildung, die Übergänge von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter ausbauen und Sozialleistungen auf das Integrationsziel abstimmen.

- **Teilhabe am Arbeitsleben.** Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen werden wir weiter verbessern. Dazu gehört, die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter und mehrfachbehinderter Menschen besser durchzusetzen. Das betriebliche Eingliederungsmanagement werden wir einfordern, und es soll besser durch alle Sozialleistungsträger unterstützt werden. Den mit der „Unterstützten Beschäftigung“ und den Integrationsunternehmen eingeschlagenen Weg werden wir fortsetzen, damit noch mehr Menschen mit schwerer Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt realistische und dauerhafte Perspektiven erhalten.
- **Barrierefreiheit.** Barrierefreiheit ist für uns ein umfassendes Prinzip bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Kommunikationsmittel und der sozialen Leistungen. Insbesondere beim Wohnraum, im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, beim Internet sowie im Gesundheitswesen wollen wir verbindliche Vorgaben. Die Entwicklung von leicht handhabbaren Produkten (universelles Design) bringt Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt weiter.
- **Persönliches Budget.** Wir wollen, dass mehr behinderte Menschen ihre benötigten Leistungen in größtmöglicher Selbstbestimmung als Geldbudget in Anspruch nehmen können. Dazu werden wir dieses in allen Bereichen fördern und ausbauen und die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme geeigneter Budgetassistenten verbessern.
- **Teilhaberecht verbessern.** Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe dem Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir für alle Leistungsträger, einschließlich der Sozialhilfe und Pflege, weiterführen. Wir werden prüfen, wie die Zuständigkeiten vereinfacht werden können, damit behinderte Menschen Leistungen aus einer Hand erhalten. Die Rehabilitationsträger sollen verpflichtet werden, auf allen Ebenen im Interesse der Leistungsberechtigten zusammenzuarbeiten. Das Wunsch- und Wahlrecht werden wir stärken. Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben nach dem Motto „Daheim statt Heim!“ müssen durch mehr ambulante Dienste und Wohnangebote geschaffen werden. Hilfsmittel und Dienstleistungen für behinderte Menschen werden bedarfsgerecht und dem technischen Fortschritt entsprechend bereitgestellt. Wir wollen langfristig ein Teilhabegeld einführen.

- **Verbände stärken.** Das Motto „Nichts über uns ohne uns“ ist unser Maßstab. Wir werden die Autonomie bei Klagerechten der Verbände und den Einsatz von Zielvereinbarungen mit der Einrichtung entsprechender Kompetenzzentren weiter fördern und die Verbände an der Entwicklung der Teilhabepläne und am Teilhaberat beteiligen.

Solidarische Bürgergesellschaft

- **Ehrenamt besser fördern.** Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen ist die Grundlage einer solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die Wohlfahrtsverbände sind dafür unverzichtbare Träger. Aber das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden. Wir werden die Rahmenbedingungen und die finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern.
- **Kirchen und Religionsgemeinschaften.** Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.
- **Sport bringt Menschen zusammen.** Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient der Gesundheit, vermittelt Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden. Deshalb fördern wir den Breiten- und Leistungssport und seine Vereine. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Sport für Kinder und Jugendliche, aber auch für Menschen mit Behinderungen. Wir setzen uns konsequent für einen sauberen Sport ein und kämpfen deshalb gegen jede Art von Doping. Wir wollen den Sport ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Geförderte Arbeit nutzen.** Wir werden die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik stärker für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in den Gemeinden nutzen, z.B. bei Sport und Kultur.
- **Soziale Netzwerke vor Ort.** Unter Einbeziehung geregelter Freiwilligendienste werden wir soziale Netzwerke vor Ort – für Ältere, Alte, Behinderte – festigen und systematisieren. Jugendfreiwilligendienste wollen wir stärken und mittelfristig jedem Jugendlichen einen Platz anbieten können. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.

Teilhabe in der älter werdenden Gesellschaft

- **Aktive Teilhabe.** Wir wollen mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für Ältere in der Gesellschaft und in der Politik. Wir werden generationenübergreifende Freiwilligendienste fördern und setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten ein.

- **Gewonnene Jahre sind gewonnene Chancen.** Wir wollen die Solidarität der Generationen fördern und ausbauen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.
- **Mitverantwortung** in unserer Gesellschaft ist auch für die gesellschaftliche Beteiligung und die Lebenszufriedenheit des einzelnen Menschen wichtig. Damit das Leitbild der Mitverantwortung verwirklicht werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass in unserer Gesellschaft ältere Menschen viel stärker als aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger angesprochen und einbezogen werden.
- **Lebenslanges Lernen verbindet die Generationen.** Wir setzen uns dafür ein, dass Alt und Jung Zugang zu Bildung und Weiterbildung haben.
- **Altersgerechtes Wohnen und Leben.** Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und soziale Infrastruktur werden wir stärker den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach unterstützen wir. Wir fördern den Umbau von Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Bei neuen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (z. B. Bahnhöfe) muss das Prinzip der Barrierefreiheit gelten.

Starke und soziale Kommunen

- **Handlungsfähige Kommunen.** Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise, die den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Deshalb stärken wir die Kommunen und machen sie zu handlungsfähigen Partnern von Bund, Ländern und Europa. Wir bleiben die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Wir haben die Gewerbesteuer gestärkt und wollen sie als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten. Wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben auferlegt, muss er ihnen auch die Finanzen zur Verfügung stellen. Zudem werden wir uns mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
- **Kooperation aller Ebenen.** Wir wollen, dass die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität.

- **Gleichwertige Lebensbedingungen.** Wir halten an dem Ziel „Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und Europas“ fest. Wir setzen uns daher für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. Jede Region, jeder Kreis, jede Stadt braucht eine Perspektive. Wir wollen helfen, dass strukturschwache Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt, in ihren Stärken gefördert und bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt werden. Wir werden in den ländlichen Räumen die Grundversorgung auch zukünftig sicherstellen. Wir entwickeln neue Wege, damit dünn besiedelte Regionen in Ost und West auch in Zukunft mit guten Schulen und einer funktionierenden sozialen und medizinischen Infrastruktur ausgestattet sind. Junge Familien müssen auch auf dem Land eine Zukunft haben.

Soziale Stadt

- **Programm Soziale Stadt.** Zur Überwindung sozialer Unterschiede und Spannungen werden wir das Programm „Soziale Stadt“ für eine bessere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration fortentwickeln und auf weitere Städte ausweiten.
- **Stadtumbau Ost und West.** Die Programme für den Stadtumbau Ost und West werden wir fortsetzen und in einem eigenen Programm die Aufwertung von Stadt- und Ortsteilzentren unterstützen.
- **Bezahlbares Wohnen sichern.** Wir haben das Wohngeld aufgestockt und auf die Heizkosten ausgedehnt. Steigende Energiepreise dürfen nicht dazu führen, dass sich Menschen Wohnen nicht mehr leisten können oder deshalb umziehen müssen. Auch künftig werden wir einkommensschwache Haushalte gezielt unterstützen, wenn die Wohnkosten steigen. Die Mietnebenkosten müssen für alle erschwinglich bleiben. Möglich ist das, wenn es gelingt, den Energieverbrauch zu senken. Hier ist eine bessere Gebäudedämmung der effizienteste Weg. Die Modernisierung von Wohnungen darf jedoch nicht zur Explosion der Mieten führen. Heute ist es möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben. Das wollen wir ändern. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierung sind damit ausgeschlossen. Ein wichtiger Garant moderater Mieten sind öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen. Wir bekennen uns zum Gemeinwohlauftrag dieser Unternehmen und beziehen sie in die soziale Stadtteilentwicklung ein.
- **Stadt der kurzen Wege.** Wir wollen, dass Wohnen, Arbeitsplätze, Einkaufen und Freizeitgestaltung in räumlicher Nähe zueinander und gut erreichbar sind. Auch dafür wollen wir den öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr weiter stärken.

9. Die Soziale Einheit vollenden

Vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland den Fall der Mauer herbeigeführt. Die Menschen in beiden Teilen des Landes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Solidarität gezeigt. Das Land ist zusammengewachsen. Wer 2009 zum ersten Mal wählen kann, hat das geteilte Deutschland nie bewusst persönlich erlebt. Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten, ohne jedoch zu Westdeutschland aufzuschließen. Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Gleichzeitig ist der Osten vielfach auch Vorreiter und Vorbild für den Westen – zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und dem Einsatz erneuerbaren Energien.

Um die soziale Einheit zu vollenden, brauchen wir mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Osten, gleiche Löhne in Ost und West, einen einheitlichen Mindestlohn und ein einheitliches Rentensystem. Eine wesentliche Voraussetzung ist die Stärkung der Wirtschaftskraft im Osten. Darum setzen wir auf eine an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierte Investitions- und Innovationspolitik, die dem Prinzip „Stärken stärken“ verpflichtet ist. Ostdeutschland hat das Potenzial, seine Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik zu stärken und sich als Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder weiterzuentwickeln. Dazu gehören: Erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Chemie, Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Werkstoffe, Bio- und Nanotechnologie, optische Technologien, Mikroelektronik und auch Tourismus.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Wirtschaftliche Potenziale ausbauen

- **Solidarpakt II.** Der Solidarpakt II ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten.
- **Forschung und Entwicklung.** Wir brauchen verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur. Im Bereich Forschung und Innovation ist Ostdeutschland noch ein gutes Stück vom Niveau der westdeutschen Länder entfernt. Deshalb sind die Chancen des Hochschulpaktes für die ostdeutschen Hochschulen zu nutzen und die industriennahe FuE-Tätigkeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu unterstützen. Den neuen Pakt für Forschung und Innovation werden wir für die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute in den neuen Ländern nutzen.

- **Investitionsförderung.** Die Investitionsförderung muss fortgesetzt werden. Dazu müssen die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA RW) fortgesetzt und die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) weiterentwickelt werden. Mit der Investitionszulage bleibt ein weiteres Wirtschaftsförderinstrument mindestens bis 2013 erhalten.
- **Potenziale des ländlichen Raums nutzen.** Wir werden Perspektiven für den ländlichen Raum in den Bereichen Industrie und Agrarwirtschaft sowie im Tourismus weiterentwickeln.

Arbeit und Soziales

- **Fachkräfte in der Region halten.** Gut ausgebildete Fachkräfte sind das wichtigste Potenzial für einen starken Osten. Wir wollen Jugendlichen Anreize bieten, nicht in andere Regionen abzuwandern. Gleiche Löhne und eine gute Infrastruktur leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.
- **Gute Arbeit und faire Löhne.** Wir setzen uns für die Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ein. Wir fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und werden einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen.
- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

10. Sicher leben in Deutschland

Sicherheit heißt Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Dieses Gut muss jedem Menschen im Lebensalltag garantiert werden. Egal, wie hoch sein Einkommen ist und in welchem Stadtteil er lebt.

Um Sicherheit für alle zu schaffen, reicht es nicht, Kriminalität zu bekämpfen, wir müssen auch ihre Ursachen beseitigen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Armut, Chancenlosigkeit und Kriminalität. Wer ihn leugnet und nur höhere Strafen fordert, erreicht das Gegenteil von Sicherheit.

Sicherheit setzt gegenseitige Akzeptanz voraus. Nur so können wir in Deutschland ohne Angst verschieden sein. Das marktradikale Denken der letzten Jahrzehnte

hat das Klima rauer gemacht, den Konkurrenzkampf verschärft. Wir brauchen eine neue Solidarität und Kooperation.

Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz und bedeutet auch: Gleichheit vor dem Gesetz. Recht und Gesetz gelten für alle. Deshalb müssen wir auch Wirtschaftskriminalität entschlossen bekämpfen.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist wichtig. Trotzdem dürfen dabei Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzt werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gute Tradition, die Bundeswehr nicht im Inneren einzusetzen und Polizeiarbeit nicht mit Geheimdienstarbeit zu vermischen. An dieser Tradition wollen wir festhalten, weil sie die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Mehr Sicherheit im Alltag

- **In Sicherheit leben.** Die Angst vor Straftaten beeinträchtigt die Lebensqualität und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Mit einer präsenten Polizei und klugen städtebaulichen Maßnahmen wollen wir das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen. Dazu dienen auch lokale Sicherheitspartnerschaften. Bürgerwehren lehnen wir ab. Vandalismus bekämpfen wir konsequent. Die Überwachung öffentlicher Kriminalitätsbrennpunkte per Video ist ein polizeitaktisches Instrument, aber sie ersetzt die Polizeiarbeit nicht.
- **Sicherheit als öffentliches Gut.** Sicherheit darf keine Ware werden. Es ist Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Wir brauchen diesbezüglich eine gute Ausstattung von Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Eine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.
- **Konsequent gegen Kriminalität und Gewalt, aber auch hart gegen ihre Ursachen.** Ungleiche Lebenschancen, Perspektivlosigkeit, mangelnde Bildung, gesellschaftliche Benachteiligung sind Ursachen von Kriminalität. Junge Menschen aus Einwandererfamilien sind davon oft besonders betroffen. Eine gute Bildungs- und Integrationspolitik ist daher gleichzeitig Sicherheitspolitik. Wir ächten jede Form von Gewalt und setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Hierzu gehört der verstärkte Einsatz von Streetworkerinnen und -workern und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern. Den na-

tionalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.

- **Zugang zu Waffen erschweren.** Wir haben seit 2002 kontinuierlich das Waffenrecht verschärft. Heute hat Deutschland eines der restriktivsten Waffenrechte der Welt. Aber es hat sich schmerzhaft gezeigt, dass Unbefugte immer noch zu einfach an Waffen gelangen. Wir wollen, dass weniger Waffen in privater Hand sind, und den Zugang zu ihnen deutlich erschweren. Die Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren, werden wir verschärfen, die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen und den Ordnungsbehörden mehr Möglichkeiten geben, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.
- **Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität.** Wir verfolgen einen dreiteiligen Ansatz gegen Rauschgiftkriminalität: Präventiv gegenüber den möglichen Konsumentinnen und Konsumenten – repressiv gegenüber den Anbietern – therapeutisch gegenüber den Abhängigen.
- **Jugendkriminalität schnell bestrafen.** Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen. Jugendstrafverfahren müssen rasch eröffnet und eine verhängte Strafe muss umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und kann die erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden. Bloßes Wegsperrern auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehnen wir ab.
- **Opferschutz.** Wir haben die Stellung von Kriminalitätsopfern im Strafverfahren kontinuierlich verbessert. Sie haben jetzt mehr eigene Rechte im Prozess und werden als Zeugen besser geschützt.
- **Gewalt in Familien brandmarken.** „Häusliche Gewalt“ ist weder ein Tabuthema noch „Privatsache“, sondern kriminelles Unrecht. Wir wollen daher eine konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.
- **Kinder schützen.** Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Wenn nötig, müssen Kinder auch vor ihren Eltern geschützt werden. Die Familiengerichte haben mehr gesetzliche Möglichkeiten bekommen, um schneller, effektiver und nachhaltiger einzugreifen, wenn Kinder gefährdet sind. Jetzt kommt es darauf an, diese Verbesserungen in der Praxis zu nutzen.

Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität bekämpfen

- **Gleiches Recht für alle.** Unsere Gesetze müssen in allen Teilen der Gesellschaft befolgt und durchgesetzt werden. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte. Darum haben wir die Höchstgrenzen für Geldstrafen deutlich angehoben. Wir brauchen spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz, um „Waffengleichheit“ zu schaffen mit den Beschuldigten und ihren Spitzenverteidigern. Die zivilrechtliche Haftung von Managern gegenüber ihren Unternehmen muss konsequenter durchgesetzt und verschärft werden.
- **Korruption bekämpfen.** Wir schaffen ein Register für Korruptionsfälle und weitere Erscheinungsformen von Wirtschaftskriminalität. Auffällige Unternehmen oder Personen sollen dadurch von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Auch mit einem modernen Disziplinar- und Nebentätigkeitsrecht tragen wir zur Korruptionsbekämpfung bei.
- **Verfolgung von organisierter Kriminalität.** Organisierte Kriminalität, wie Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenhandel sowie Produkt- und Markenpiraterie verfolgen wir konsequent.

Terrorismus bekämpfen – Bürgerrechte schützen

- **Effektive Terrorismusbekämpfung.** Die SPD hat die Voraussetzungen für eine effektive Terrorismusbekämpfung in allen staatlichen Bereichen kontinuierlich verbessert: Die Sicherheitsbehörden haben die notwendigen gesetzlichen Befugnisse bekommen. Wir haben sie personell besser ausgestattet und dafür gesorgt, dass sie technisch auf der Höhe der Zeit bleiben. Außerdem haben wir die Koordination der Behörden untereinander verbessert – national, europaweit und international.
- **Bürgerrechte schützen.** Zum Schutz der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger haben wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden klar begrenzt und an enge Voraussetzungen geknüpft. Unsere Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen.
- **Klare Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit.** Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes. Den Einsatz der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr im Inneren lehnen wir ab.

Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz

- **Leistungsfähige Justiz.** Wir brauchen eine starke Justiz, um Kriminalität zu bekämpfen, Bürgerrechte zu schützen und Gerechtigkeit in allen Teilen der Gesellschaft durchzusetzen. Genug Personal, eine verantwortungsgerechte Besoldung und eine moderne Ausstattung sichern die Leistungsfähigkeit der Justiz.
- **Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen.** Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das ist ein Gebot des sozialen Rechtsstaats. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der Prozesskosten- und Beratungshilfe ein.
- **Keine Privatisierung der Justiz.** Mit uns wird es keinen Ausverkauf von Hoheitsaufgaben geben. Vieles kann der Staat besser und günstiger als Private. Wir lehnen deshalb eine Privatisierung beispielsweise des Strafvollzugs, der Grundbuchämter, des Gerichtsvollzieherwesens und der Handelsregister ab.

Datenschutz in Staat und Wirtschaft

- **Datenschutz sichert persönliche Freiheit und Selbstbestimmung.** Wir wollen keinen gläsernen Bürger, deshalb müssen die Voraussetzungen für staatliche Datenerhebungen und die Nutzung der Daten gesetzlich klar geregelt und strikt begrenzt werden. Einen Präventionsstaat, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch die Daten Unbeteiligter vorbeugend sammelt und überwacht, lehnen wir ab.
- **Verbraucherdatenschutz verbessern.** Unternehmen sammeln immer mehr persönliche Daten ihrer Kundinnen und Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie gefährden zunehmend das Recht der Bürgerinnen und Bürger, selbst darüber zu entscheiden, wer was über sie weiß. Wir haben die gesetzlichen Vorschriften über die Weitergabe von Kundendaten verschärft und werden auf die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen achten.
- **Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich regeln.** Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer soll von seinem Arbeitgeber ausgespäht und bespitzelt werden. Die Datenskandale in vielen Unternehmen haben gezeigt, dass wir ein besonderes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz brauchen.

11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ein öffentliches Gut, das vor zu starker Inanspruchnahme geschützt werden muss. Der Naturschutz in Deutschland, in Europa und in der Welt muss in den nächsten Jahren weiter deutlich verstärkt werden. Dies ist eine ethische Verantwortung. Aber nicht nur die Natur wird davon profitieren, sondern auch die Wirtschaft: Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität stiften großen volks- und betriebswirtschaftlichen Nutzen. Natur- und Umweltschutz ist auch vorsorgende Gesundheitspolitik. Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen sind von Lärm und Luftbelastungen stärker betroffen als andere. Es ist deshalb auch ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, hier für Verbesserungen zu sorgen. Mehr Umweltschutz nützt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an ihrem Arbeitsplatz, weil sie gesundheitlich von umweltschonenden, innovativen Produktionsverfahren oder verbesserten Technologien profitieren. Eine Schlüsselrolle kommt hier den Konsumenten zu: Verantwortungsbewusste und informierte Verbraucherinnen und Verbraucher spielen eine wachsende Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft und der solidarischen Bürgergesellschaft.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Umwelt- und Naturschutz

- **Effizienter Umgang mit Ressourcen.** Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die effiziente Nutzung von Materialien einerseits und die Wiederverwendung und das Recycling andererseits zu verstärken. Die Förderung neuer Produkte werden wir auch an ihrer Recyclingfähigkeit und der Recyclingbereitschaft der Produzenten ausrichten. Dabei setzen wir nicht nur auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, sondern auch auf freiwillige Selbstverpflichtungen. Bis 2020 werden wir die Ressourceneffizienz im Vergleich zu 1990 verdoppeln.
- **Umweltgesetzbuch.** Die mit CDU/CSU in der Bundesregierung nicht mögliche Umsetzung eines Umweltgesetzbuchs und eines Waldgesetzes, das die nachhaltige Sicherung unserer Wälder garantiert, wird eine SPD-geführte Bundesregierung in den ersten Monaten auf den Weg bringen.
- **Naturschutz stärken.** Die SPD hat mit dem Programm „Nationales Naturerbe“ und der nationalen Biodiversitätsstrategie den Naturschutz in Deutschland gestärkt. Naturschutz bedeutet den Erhalt unserer Heimat. Biodiversität ist

gleichzeitig ein wichtiger und häufig unterschätzter Wirtschaftsfaktor. Diesen Weg werden wir mit neuen Instrumenten konsequent fortsetzen.

- **Investitionsoffensive Naturschutz.** Wir werden eine Investitionsoffensive Naturschutz starten. Diese beinhaltet ein Nationales Programm für Auen, Moore und andere Feuchtgebiete sowie für Naturwälder. Wir wollen einen Internationalen Waldschutzfonds realisieren, um den Schutz von Wäldern und anderen Kohlenstoff speichernden Ökosystemen sicherstellen zu können. Wir werden ein Bundesalleenprogramm und ein Grünbrückenprogramm starten, mit dem wir Alleen erhalten und mit Grünbrücken die bestehende Zerschneidung der Landschaft vermindern. Zum internationalen Waldschutz werden wir dafür sorgen, dass der Import illegal eingeschlagenen Holzes und daraus hergestellter Produkte in die EU endlich wirksam eingedämmt wird.
- **Meeresschutz.** Wir werden die Schaffung eines weltweiten, repräsentativen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten bis 2012 vorantreiben und den ersten Meeresschutznationalpark schaffen, in dem der Naturschutz Vorrang vor allen Nutzungen hat.
- **Beschränkung des Flächenverbrauchs.** Wir werden dem inakzeptablen Flächenverbrauch von über 100 ha pro Tag Einhalt gebieten. In einem großen Pilotvorhaben wollen wir das Konzept von Flächenzertifikaten erproben: Nach einer Verständigung auf Obergrenzen für künftige jährliche Siedlungsausweitungen erhalten Kommunen Flächenzertifikate, die sie untereinander handeln können.

Umweltschutz ist Gesundheitsschutz

- **Umweltschädliche Produkte vermeiden.** Wir brauchen klare Regeln, um Gesundheitsschäden durch bedenkliche Produkte zu vermeiden. Hierzu werden wir Grenzwerte verschärfen.
- **Schadstoffausstoß reduzieren.** Um die Feinstaubbelastung zu vermindern, werden wir die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe absenken. Die Grenzwerte für Staub werden wir für alle Kleinfeuerungsanlagen, die feste Brennstoffe einsetzen, verschärfen.
- **Emissionen und Lärm durch Verkehr reduzieren.** Wir werden die Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge ausweiten. Zudem werden wir das Lärmschutzprogramm des Bundes für Straßen und Schienenstrecken weiter ausbauen und die Betroffenen von Fluglärm durch Schallschutz an ihren Gebäuden entlasten. In der Europäischen Union werden wir uns dafür einsetzen, die Lärmvorschriften für Geräte, Maschinen, Motorräder, Autos, Schiffe und Flugzeuge deutlich zu verschärfen.

Chance für die ländlichen Räume

- **Innovationsoffensive ländliche Räume.** Ländliche Räume machen längst einen Transformationsprozess von der reinen Agrarproduktion zu einer multifunktionalen Entwicklung durch. Die ökologische Industriepolitik findet in ländlichen Räumen ihr Pendant in einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Wir werden eine „Innovationsoffensive ländliche Räume“ starten, um das Potenzial der ländlichen Räume als Zukunftsräume Deutschlands auszuschöpfen. Außer durch die Bürgerinnen und Bürgern, die in diesen Regionen leben und arbeiten, zeichnen sich diese Räume besonders durch ihr Naturkapital aus. Damit dieses Kapital nachhaltig auch für kommende Generationen Früchte tragen kann, müssen innovative Konzepte für eine naturverträgliche ländliche Entwicklung umgesetzt werden. Neben der umweltverträglichen Produktion gesunder, hochwertiger Lebensmittel sind Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Gesundheitsvorsorge, erneuerbare Energien sowie die Entwicklung von Regionalmarken entscheidende Bereiche einer dynamischen ländlichen Entwicklung. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen mehr Chancen für Teilhabe und Beschäftigung geschaffen werden.
- **Neue Ausrichtung in der Landwirtschaftspolitik.** Unsere Landwirtschaft bietet nicht nur Arbeit und die Herstellung wichtiger Agrarprodukte. Sie erhält Kulturlandschaften, schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen und trägt zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei. Wir haben einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik vorgenommen. Die Interessen einzelner Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft sollten nicht mehr über die Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes dominieren. In der EU wollen wir weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume. Wir sind für klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten, Böden und Wasser schützen. Die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen; dabei wollen wir sie unterstützen.

Den Tierschutz verbessern

- **Reform des Tierschutzgesetzes.** Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir würdigen das hohe Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Wir streben eine Novellierung des Tierschutzgesetzes an. Wir wollen eine Reduzierung der Tierversuche. Wir wollen die Bedingungen

von Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere tiergerechter ausgestalten.

- **Tierschutzsiegel.** Der so genannte „Tierschutz-TÜV“, von der SPD durchgesetzt, bildet die Grundlage für die Einführung von Tierschutzsiegeln. Wir werden diese, wenn nötig, auch als Vorreiter auf nationaler Ebene einführen, wenn keine europaweite Regelung kurzfristig möglich ist. Verbraucherinnen und Verbraucher können dann beim Einkauf direkt Einfluss auf mehr Tierschutz nehmen.

12. Kultur und Medien

Kultur ist die elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Der kulturelle Dialog ist zudem die Grundlage internationaler Verständigung und wirtschaftlichen Austauschs. Die SPD wird auch in Zukunft das Gespräch mit und den Rat von Künstlerinnen und Künstlern suchen, die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber den Kulturschaffenden einen hohen Stellenwert einräumen.

Unser offener Kulturbegriff beschränkt sich nicht auf die Künste und ihre Förderung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Kultur der Demokratie, in der Kunst und Kultur für die gesellschaftliche Verständigung über Werte und Ziele in einer Welt beschleunigter Umbrüche eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn Kunst und Kultur prägen als geistige Lebensgrundlagen die Menschen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie halten einer Gesellschaft den Spiegel vor, reflektieren Lebensstile, formulieren Identitätsangebote und geben Orientierung. Eine Kultur der Demokratie und in der Demokratie muss deswegen auch immer eine Kultur der Teilhabe sein.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Kultur als Staatsziel.** Deutschland ist als Gesamtstaat verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. Darum werden wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. In der Verfassung drückt sich die Werte- und Sinnordnung unserer Gesellschaft aus, Kultur gehört dazu. Kultur ist für uns geistige Lebensgrundlage und ein öffentliches Gut. Förderung von Kultur ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft.

- **Kultur für alle.** Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führt zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. Sie sind gerade in unserer Einwanderungsgesellschaft zugleich ein wichtiges Element der Integration und Gemeinsamkeit. Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, aber auch Museen, Theater und Kinos müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt und gefördert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.
- **Ausbau der kulturellen Infrastruktur.** Grundlegend für eine vitale und sich entwickelnde Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine flächendeckende kulturelle Infrastruktur. Wir wollen eine aktivierende Kulturpolitik des Staates, die kulturelle Infrastruktur gezielt fördert und die Förderung von Kultur als eine Pflichtaufgabe des Staates versteht, in gemeinsamer Verantwortung mit Zivilgesellschaft und Markt.
- **Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.** Wissen und Ideen sind die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem besonderen Maße fördern. Wir schlagen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen vor, in dem wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert werden.
- **Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden.** Die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden ist zentraler Bestandteil unseres Kreativpaktes. Wir werden die Künstlersozialversicherung (KSV) als ein weltweit einzigartiges Modell erhalten und weiter stärken. Wir setzen uns für Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich ein und werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.
- **Gerechte Vergütung kreativer Arbeit.** Wir wollen im Rahmen des sozialdemokratischen Kreativpaktes erreichen, dass Kultur- und Medienschaffende, Künstlerinnen und Künstler und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Es kommt darauf an, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten. Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Die Zukunft der Digitalisierung stellt uns vor neue Herausforderungen beim Schutz immaterieller Produkte und Güter. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und den Rechten der

Kreativen. Dabei werden wir im Rahmen des Kreativpaktes die Netzbetreiber und Internet-Service-Provider in den Dialog mit Rechteinhabern und Verwertungsgesellschaften einbeziehen. Wir setzen uns für die Prüfung einer Kultur-Flatrate ein.

- **Film als wichtiges Kulturgut.** Wir wollen mit dem Kreativpakt die Rahmenbedingungen für den Film weiter verbessern und die Filmförderung stärken. Kinos sind wichtige Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens. Deswegen wollen wir die Digitalisierung unserer Kinolandschaft unterstützen. Wir werden das Filmfördergesetz zu einem Medienfördergesetz weiterentwickeln, um den Herausforderungen einer digitalen Medienwelt zu entsprechen.
- **Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken – die duale Rundfunkordnung erhalten.** Wir setzen auf beide Säulen unserer dualen Rundfunkordnung. Der im Grundgesetz verankerte Kultur-, Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt anderen Kriterien als der Maximierung von Einschaltquoten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten bleibt. Neue Medien müssen dabei immer Teil des Angebots des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Zugleich setzen wir auf die Weiterentwicklung der Bürgermedien als Teil demokratischer Beteiligung und als dritter Säule einer zukünftigen Medienordnung.
- **Eine moderne Medienordnung im digitalen Zeitalter.** Für unsere Demokratie ist ein unabhängiges und vielfältiges Mediensystem unverzichtbar. Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt sind die Voraussetzung für eine soziale und demokratische Gesellschaft. Dazu gehört der Zugang für alle Menschen zu allen Übertragungswegen, Kommunikationsformen, zu Wissen und Information. Die digitale Spaltung in Deutschland wollen wir überwinden. Daher ist der Ausbau des Breitbandnetzes für uns eine zentrale Aufgabe. Wir wollen eine Medienordnung entwickeln, die den Erfordernissen der digitalen Welt gerecht wird. Wir wollen dabei die Vielfalt der Medien erhalten und Monopole und Konzentrationsentwicklungen verhindern. Als ein wichtiges Instrument halten wir deshalb die Einrichtung einer Medienanstalt der Länder für unverzichtbar.
- **Informationelle Selbstbestimmung.** Der Schutz der eigenen Daten und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gewinnen in der digitalen Welt noch an Bedeutung. Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden. Wir wollen überdies, dass der Einzelne sich in der digitalen Welt sicher bewegen kann und lernt, welche Folgen die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten haben kann.

- **Medienführerschein für Kinder und Jugendliche.** Medienkompetenz ist nicht nur die Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft, sondern auch ein zu förderndes Bildungsthema. Wir werden eine Stiftung Medienkompetenz einrichten und das Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen einführen.

13. Mehr Demokratie wagen

Demokratie ist Herrschaft des Volkes. Das heißt: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich frei und selbstbestimmt Regeln für ihr Zusammenleben geben. Wir in Deutschland wissen, dass das eine große zivilisatorische Errungenschaft ist, die wir gegen alle Gefahren verteidigen müssen. Unsere Demokratie ist von verschiedenen Seiten bedroht, nicht zuletzt von der Dominanz der Märkte und von der Gleichgültigkeit der Menschen. „Mehr Demokratie wagen“, hat Willy Brandt vor 40 Jahren gefordert.

Vor 60 Jahren ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Das Grundgesetz, seine Wertorientierungen und Rechte bestimmen die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land. Es formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Und es enthält den dauerhaften Auftrag, immer wieder zu überprüfen, ob unsere Gesellschaft diesen Grundsätzen noch gerecht wird. Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bezieht sich ausdrücklich auf alle Menschen. Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar. Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.

Im Grundgesetz steht weiter: Eigentum verpflichtet. Das gilt auch für den Besitz von Geld und Aktien. Die Wirtschaft und die Finanzmärkte müssen der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern entscheidet über die Zukunft der Demokratie, über die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die Demokratie und in der Demokratie zu engagieren. Und im Grundgesetz steht: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jede Form von Diskriminierung verstößt gegen dieses Gleichheitsgebot. Das gilt auch für die Bezahlung am Arbeitsplatz. Demokratie hört nicht an der Bürotür und am Werktor auf. Gleiche Augenhöhe und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zu unserer sozialdemokratischen Demokratietradition. Sie gilt es zu erhalten und auszubauen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Demokratie kommt nicht von selbst.** Demokratie ist nicht vererbbar. Die Familien, Schulen und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen jeder Generation aufs Neue vermitteln, dass Demokratie notwendig ist und wie sich jede Bürgerin und jeder Bürger in unserer Gesellschaft beteiligen kann.
- **Demokratie bedeutet für uns auch klare soziale Rechte und die Wahrung der Menschenwürde – gerade auch im Arbeitsleben.** Dazu gehören starke Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen wirkungsvollen Kündigungsschutz und eine funktionierende Mitbestimmung.
- **Kommunales Wahlrecht ausweiten.** Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.
- **Direkte Demokratie.** Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.
- **Politische Bildung:** Demokratie braucht politisch informierte Bürgerinnen und Bürger. Daher ist eine Intensivierung der politischen Bildung, auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung, erforderlich.
- **Gesetzliches Lobbyregister.** Zur Demokratie gehört es, dass gesellschaftliche Gruppen versuchen, auf ihre Anliegen und Interessen aufmerksam zu machen. Lobbyismus von Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Initiativen ist demokratische Normalität. Allerdings hat die demokratische Öffentlichkeit ein Anrecht auf Transparenz. Dazu gehört auch, dass Lobbyisten offen legen müssen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und sie bezahlen. Wir werden ein entsprechendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag durchsetzen.
- **Neue Technologien nutzen.** In der Kommunikation mit den Bürgern werden wir neue Informationstechnologien einsetzen, um die Beteiligung am demokratischen Prozess zu stärken. Wo das Internet dazu beitragen kann, öffentliche Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozesse zu verbessern, werden wir diese Möglichkeit im Sinne einer starken Demokratie nutzen.

Starke Demokratie - Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- **Gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verfolgen wir einen vielfältigen Ansatz: Von einer Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schule, Jugendarbeit und Bildungsarbeit über arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden bis hin zu besonderen Aktivitäten für Städte und Stadtteile, in denen vermehrt Rechtsextreme auftreten. Im politischen Diskurs dulden wir keine rassistischen oder antisemitischen Parolen und Stereotype.
- **Kontinuität und Vielfalt beim Engagement gegen Rechtsextremismus.** Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln.
- **Schutz der Opfer.** Wir werden die Beratungsangebote zum Schutz von (potenziellen) Opfern ausbauen, sowie die Vernetzung und Unterstützung der Aktiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus verbessern.
- **Verbot der NPD.** Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.

14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Nur so werden wir unserem

großen Ziel einer friedlichen und gerechten Welt näher kommen und die globale Wirtschafts- und Finanzkrise als Aufbruchsignal für die Weltgemeinschaft nutzen können. Deshalb setzen wir uns für eine globale Strukturpolitik ein. Dazu brauchen wir eine starke Europäische Union, eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch die partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. Gemeinsam müssen wir die Regeln für die Welt des 21. Jahrhunderts aufstellen – Regeln für eine globale Verantwortungsgemeinschaft, die verlässlich und stabil, gerecht und solidarisch ist.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Ärmsten gelten: Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenkrisen dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen abgeladen werden. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns höchste Priorität. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken und unsere Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Vereinte Nationen stärken.** Die Vereinten Nationen sind die oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Wir wollen eine starke UN und unterstützen daher auch weiterhin den eingeleiteten Reformprozess. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat.
- **Weltweite Finanzarchitektur neu ordnen.** Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet neue Möglichkeiten zur politischen Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur. Wir wollen starke internationale Institutionen, die für Transparenz und Risikokontrolle sorgen und Fehlentwicklungen verhindern. Kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben! Wir treten ein für eine Stärkung von IWF und Weltbank, für mehr Rechte und Pflichten für die Schwellenstaaten und für eine vernehmbare europäische Stimme in den internationalen Finanzinstitutionen.
- **Freier und fairer Welthandel.** Wir stehen zu dem Prinzip eines freien und fairen Welthandels. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise darf nicht zu Abschottung und Protektionismus führen. Gerade die Entwicklungsländer wären die ersten Leidtragenden. Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. Soziale und ökologische Mindeststandards sollten verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden.

- **G8 erweitern.** Wir wollen die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, um die politische Globalisierung voranzutreiben. Die großen Zukunftsfragen lassen sich ohne Staaten wie China, Indien oder Brasilien nicht mehr lösen. Auch die islamische Welt sollte in einer erweiterten G8 vertreten sein. Langfristig verfolgen wir den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.
- **Menschenrechte stärken.** Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Solidarität und Demokratie gehören zusammen. Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik. Wir wollen die Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates weiter stärken.
- **Frauenrechte stärken.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Frauen ein. Frauen sind die entscheidenden Akteurinnen der Entwicklung. Wir wollen den Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden.
- **Homophobie weltweit ächten.** Wir setzen uns aktiv für die Verhinderung der Verfolgung Angehöriger sexueller Minderheiten ein. Auf internationaler Ebene wollen wir die Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien befördern.
- **Menschenrechtsdialoge ausbauen.** Das Instrument der Menschenrechtsdialoge wollen wir national wie auf europäischer Ebene ausbauen. Nur wenn wir auch mit schwierigen Staaten im Dialog bleiben, haben wir die Chance, die Menschenrechte zu fördern und den Menschen tatsächlich zu helfen.
- **Kampf gegen Folter und Todesstrafe.** Wir unterstützen nachdrücklich die europäischen und internationalen Initiativen zur Abschaffung von Todesstrafe und Folter.
- **Internationale Strafgerichtsbarkeit stärken.** Wir unterstützen die internationale Strafgerichtsbarkeit, damit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen geahndet und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
- **Mehr Rechte für Kinder.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Kindern ein. In Deutschland selbst treten wir für die Rücknahme der Vorbehalts-erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention und für ein Individualbeschwerderecht ein.

- **Für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik.** Wir stehen für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik ein. Wir wollen verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Wir fördern regionale Kooperation bei der nachhaltigen Ressourcennutzung und setzen uns für starke internationale Institutionen im Energiebereich ein. Wir wollen Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner, nachhaltiger Energieversorgung unterstützen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden. Hierzu benötigen wir verbindliche Nachhaltigkeitsstandards und effektive Zertifizierungssysteme.
- **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken.** In einer zusammenwachsenden Welt wird die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer wichtiger. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass europäische Wertvorstellungen selbstverständliche Geltung beanspruchen können. In einer Welt mit einer Vielzahl neuer, selbstbewusster Akteure ist der kulturelle Austausch die Grundlage für den politischen oder gesellschaftlichen Dialog. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Goethe-Institute, die Partnerschulen im Ausland und den wissenschaftlichen Austausch reformiert, gestärkt und ausgebaut. Sie sind Ankerpunkte der Verständigung und werben für unsere Haltungen und Werte. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.
- **Informations- und Kommunikationstechnologien für Entwicklung nutzen.** Die Dynamik der globalen Wissensgesellschaft hängt zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Das gilt insbesondere für ihr Innovationspotenzial. Wir wollen, dass auch die Menschen in den Entwicklungsländern von den Möglichkeiten der neuen Technologien profitieren und dass diese sinnvoll zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele genutzt werden.
- **Ein eigenständiges Entwicklungsministerium erhalten.** Deutschland gehört zu den Ländern mit einem eigenständigen Entwicklungsministerium. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent von diesem Ministerium gesteuert wird. Mit der Eigenständigkeit dieses Ministeriums machen wir deutlich, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut für uns höchste Priorität haben.
- **Mehr Geld für Entwicklung.** Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln wollen wir weitere, innovative Finanzierungsquellen erschließen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten soll für die Armutsbekämpfung und

den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Als die Friedenspartei Deutschlands setzen wir uns für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein.

- **Milleniems-Entwicklungsziele erreichen.** Wir wollen alles tun, um die Milleniems-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Wir wollen unsere Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Unterstützung Afrikas bleiben, denn das Erreichen der Milleniems-Entwicklungsziele wird entscheidend von den Fortschritten in Afrika abhängen.
- **Zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.** Die Zusammenarbeit mit und Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft wollen wir auch in Zukunft intensiv fortsetzen.

15. Ein starkes und soziales Europa

Europa ist unsere gemeinsame Chance, im globalen 21. Jahrhundert unsere Vorstellung von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten an Grenzen stößt, kann und muss ein in Solidarität geeintes Europa das Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen.

Im letzten Jahrhundert haben SPD und Gewerkschaften in Deutschland bewiesen, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu zivilisieren – durch Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, durch Arbeitnehmerrechte, durch soziale und ökologische Regeln und Standards, die dem freien Wirtschaften Grenzen setzen, und durch eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand. Im globalen 21. Jahrhundert müssen wir diesen Beweis erneut antreten. Jetzt ist Europa die Bühne.

Als die Europapartei Deutschlands sind wir die treibende politische Kraft für ein handlungsfähiges und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union bleiben die prägenden Grundkonstanten unserer Politik.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Das soziale Europa schaffen – Lohn- und Sozialdumping verhindern

- **Europa sozial.** Die europäische Tradition der Sozialstaatlichkeit wollen wir progressiv weiterentwickeln. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden. Wir wollen europäische soziale Mindeststandards vereinbaren, um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialstandards in Europa zu verhindern und sozialen Fortschritt europäisch durchzusetzen. Dies ist auch ein notwendiger Schritt, um Sozialstaatlichkeit in Deutschland auf hohem Niveau zu bewahren.
- **Für einen sozialen Stabilitätspakt.** Als wesentliches Element einer zukünftigen europäischen Sozialunion fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten orientieren und flexibel an diese anzupassen sind. Bei steigender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes wäre dieses dann auch zu höheren Ausgaben für die Bildung und die sozialen Sicherungssysteme verpflichtet. Auf diese Weise kann gemeinsamer europäischer Fortschritt zu mehr Bildung und verbesserten sozialen Schutzstandards führen und zugleich kann die Eigenständigkeit der jeweiligen sozialen Sicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten erhalten werden.

Als zweites Element eines sozialen Stabilitätspaktes für Europa fordern wir, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen gelten. Das ist ein wichtiger Schritt, um Lohndumping europaweit zu unterbinden.

In einem ersten Schritt sollte der soziale Stabilitätspakt im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) verwirklicht werden. Sollte der soziale Stabilitätspakt zunächst nicht bei allen EU-Mitgliedstaaten Unterstützung finden, könnte eine Kerngruppe fortschrittswilliger EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer verstärkten sozialen Zusammenarbeit vorangehen.

- **Steuerdumping bekämpfen.** Wir wollen auch in Europa gegen Steuerdumping vorgehen. Wir treten deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und für Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa ein.
- **Gute Arbeit in Europa.** Wir treten für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht sowie für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ein. Diese muss über den Schutz bloßer Mindeststandards hinausgehen. In ganz Europa

muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Weiterhin muss im EU-Vergaberecht die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisiert und erweitert werden.

- **Mitbestimmung stärken.** Ein konstitutives Element des sozialen Europa und Voraussetzung für Gute Arbeit ist das Prinzip der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen. Die weitreichenden Mitbestimmungsstandards bei Europäischen Aktiengesellschaften (SE) müssen Maßstab und Richtwert für die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechts sein. Wir fordern eine Richtlinie zur Sitzverlegung von Unternehmen, bei der die Wahrung von Mitbestimmungsstandards sichergestellt wird. Auch bei der Einrichtung einer Europäischen Privatgesellschaft für kleine und mittlere Unternehmen achten wir darauf, dass das deutsche Mitbestimmungsrecht nicht ausgehöhlt wird.
- **Mehr Rechte für Betriebsräte.** Wir wollen die Rechte der europäischen Betriebsräte ausbauen. Sie müssen frühzeitig informiert, umfassend angehört und effektiv in die Unternehmensentscheidungen eingebunden werden. Um darüber hinaus die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stärken, wollen wir eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge schaffen.
- **Für Gleichstellung, gegen Diskriminierung.** Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wollen wir Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit machen. Die Rechtsetzung der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anti-Diskriminierung gilt es in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterzuentwickeln.
- **Rechtssicherheit für Daseinsvorsorge.** Für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wollen wir mehr europäische Rechtssicherheit schaffen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt werden.
- **Europäischer Zukunftspakt für Arbeit.** Wir brauchen Vorfahrt für Beschäftigung in Europa und schlagen deshalb einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor. Alle europäischen Programme sind auf ihre beschäftigungsfördernde Wirkung zu prüfen.

Europa demokratischer und handlungsfähiger

- **Vertrag von Lissabon verwirklichen.** Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit voraus. Wir wollen, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer.
- **Europa zur Bürgerunion weiterentwickeln.** Wir wollen Europa langfristig zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln. Das demokratische Europa der Zukunft braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.
- **Europa als Friedensmacht.** Wir wollen die Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken, die Verantwortung für Frieden und Entwicklung in der Welt übernimmt, die Menschenrechte und das Völkerrecht durchsetzt, Demokratie und einen Dialog der Kulturen fördert und sich für soziale und ökologische Standards in der globalisierten Wirtschaft einsetzt. Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ausbauen und insbesondere ihre zivile Komponente stärken.
- **Die Türen offen halten.** Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkan halten wir fest.

Eine starke europäische Wirtschafts- und Industriepolitik

- **Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung verbessern.** Wir wollen die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf Ebene der EU, vor allem in der Eurogruppe, verbessern und verbindlicher regeln. Wir begrüßen die Stärkung und weitere Institutionalisierung der Eurogruppe durch den Vertrag von Lissabon. Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir jetzt einen qualitativen Schritt hin zu einer starken gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.
- **Starker Mittelstand, weniger Bürokratie.** Wir fordern eine neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks in Europa, mit erleichtertem Zugang zu Krediten und dem weiteren Abbau von bürokratischen Hürden im europäischen Binnenmarkt.
- **Für ein innovatives Europa.** Wir fordern verstärkte europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäi-

sche Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung. Wir wollen auch in Europa eine ökologische Industriepolitik durchsetzen. Dazu brauchen wir eine europäische Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.

- **Moderne Agrar- und Strukturpolitik.** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa. Wir treten für eine soziale und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik der EU ein. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, Forschung, Umweltschutz, die Unterstützung sozial schwacher Stadtteile und ländlicher Regionen sowie eine zukunftsfähige Infrastruktur müssen noch stärker zu Schwerpunkten der EU-Förderpolitik gemacht werden.

16. Weltweit für Frieden und Abrüstung

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat unser Land geprägt – von der Entspannungspolitik Willy Brandts bis zu Gerhard Schröders Ja zum Afghanistan-Engagement und seinem Nein zum Irak-Krieg. Sie hat die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen und Deutschlands Ansehen in der Welt vermehrt. Sie hat ein Konzept der zivilen Krisenprävention und des zivilen Konfliktmanagements entwickelt und national und auf europäischer Ebene mit angemessenen Instrumenten verankert. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Drohende Aufrüstung weltweit verlangt nach einer neuen Entspannungspolitik. Statt Drohung und Abgrenzung brauchen wir mehr Dialog. Der internationale Terrorismus muss wirksam bekämpft werden, dem Mythos vom Kampf der Kulturen wollen wir aber ebenso deutlich entgegengetreten.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Die transatlantische Partnerschaft erneuern.** Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Wir wollen diese Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln.
- **Ein gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok.** Die NATO bleibt wichtigster Garant unserer Sicherheit. Mit unseren Partnern wollen wir eine neue Verständigung über die zukünftige strategische Ausrichtung des Bündnisses erarbeiten, indem seine Verantwortung für Abrüstung und Rü-

stungskontrolle gestärkt wird. Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm sind mit diesem Ziel nicht vereinbar und werden von uns deshalb abgelehnt.

- **Eine Welt ohne Atomwaffen.** Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir plädieren für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung. Wir wollen, dass alle sub-strategischen Nuklearwaffen aus Europa vollständig abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen. Sie sind ein Relikt des Kalten Krieges und heute militärisch obsolet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies im Rahmen der geplanten amerikanisch-russischen Abrüstungsgespräche thematisiert wird.
- **Konventionelle Abrüstung wieder beleben.** Wir wollen den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) wieder beleben und erneuern. Regionale Abrüstungsvereinbarungen stärken Stabilität und Sicherheit. Wir wollen überall Unterstützung anbieten, wo Regionen kooperative Sicherheitssysteme anstreben.
- **Wirksame Rüstungsexportkontrolle und Rüstungskontrolle.** Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik, die zudem auf hohem Niveau weiter europäisch harmonisiert werden sollte. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik, die insbesondere auch Kleinwaffen einschließt, trägt zu Konfliktprevention und Friedenssicherung bei und hilft Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Wir setzen uns für die Einhaltung der Ächtung von Antipersonenminen und für die Durchsetzung des völkerrechtlichen Verbots von Streumunition ein. Wir fordern, die Raketenabwehr in die vertragliche Rüstungskontrolle einzubeziehen. Eine Begrenzung und Verifikation derartiger Waffensysteme könnten Vertrauen und Kooperation fördern.
- **Staatliches Gewaltmonopol sichern.** Wir wollen den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste zurückdrängen und setzen uns für strenge nationale und internationale Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen ein. Ein Schutz schwacher Staaten muss völkerrechtlich abgesichert sein. Gewaltökonomien wollen wir durch präventive Politik und die Unterstützung einer internationalen Sicherheitsarchitektur den Boden entziehen.

- **Russland als verantwortlicher Partner.** Eine gute Kooperation mit Russland ist im vitalen deutschen und europäischen Interesse. Wir brauchen Russland als Partner in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Daher wollen wir die Bindung Russlands an Europa festigen, Russland bei seiner Modernisierung unterstützen und seine rechtsstaatliche Entwicklung fördern.
- **Eine europäische Perspektive für unsere östlichen Nachbarn.** Wir treten für eine rasche Umsetzung der östlichen Partnerschaft mit der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau und den Staaten des Südkaukasus ein. Unser Ziel ist die umfassende Teilhabe dieser Länder an einem Europa des Friedens und des Wohlstands.
- **Für Frieden im Nahen und Mittleren Osten.** Zentrales Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt, – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Im Konflikt über das Atomprogramm des Iran setzen wir uns für eine verhandelte Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen ein, die Kooperationsanreize bietet, aber auch Sanktionen – wenn notwendig – nicht ausschließt.
- **Afghanistan unterstützen.** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir unsere Afghanistan-Strategie überarbeitet, Ziele klarer definiert. Wir werden das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die Regierung muss Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Wir werben einerseits für unseren zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz, nach dem wir beispielsweise den Aufbau der Infrastruktur, Projekte des kulturellen Dialogs sowie bildungspolitische Initiativen fördern. Wir werben andererseits für unseren zivil-militärischen Ansatz, nach dem wir die Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Je schneller wir diese Ziele erreichen, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.
- **Internationale Einsätze der Bundeswehr verantwortlich gestalten.** Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein.

- **Die Bundeswehr modernisieren.** Wir wollen den Transformationsprozess der Bundeswehr aktiv vorantreiben und den Umbau weiterhin sozialverträglich gestalten. Das bedeutet insbesondere, für eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung der Bundeswehr zu sorgen, die Sozialstandards für den Dienst und die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen und einem modernen Familienbild anzupassen sowie geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr einschließlich einer Reform der Besoldungsstruktur zu ergreifen. Wir treten dafür ein, den Rechtsstreit um die künftige Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide zu beenden und auf eine militärische Nutzung zu verzichten. Zugleich treten wir dafür ein, die Belastung der Bevölkerung durch die übrigen Luft-Boden-Schießplätze der Bundeswehr so gering wie möglich zu halten, wo es geht, diese weiter zu reduzieren und für eine gerechte Lastenverteilung zu sorgen. Wir befürworten eine europäische Lösung für die Übungskapazitäten der europäischen NATO-Luftstreitkräfte.
- **Die Wehrpflicht weiterentwickeln.** Wir setzen auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.

III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland

In diesem Jahr stellt Deutschland die Weichen für das nächste Jahrzehnt. Wir können den Anstrengungen und Risiken, die vor uns liegen, nicht ausweichen. Aber wir können bestimmen, welchen Kurs wir einschlagen wollen: Den Weg in eine Gesellschaft, in der die Menschen auf sich selbst zurückgeworfen werden, in der Egoismus vorherrscht und Zynismus zugelassen wird. Oder den Weg der Verantwortung, den alle Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl gehen. Wir sagen: Nur mit der Kraft des gemeinsamen, verantwortlichen Handelns kann Vertrauen in unser Land zurückkehren.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind gewaltig. Sie brauchen sozialdemokratische Antworten. Voraussetzung dafür ist eine starke SPD. Unser Land braucht wieder eine klare Führung: eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:

- **Wer will, dass unser Land die Lehren aus der Krise zieht und den Aufbruch hin zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wagt, muss SPD wählen.**
- **Wer das Land zusammenführen und die Spaltung zwischen den Starken und den Schwachen überwinden will, muss SPD wählen.**
- **Wer Gute Arbeit will, menschenwürdig und zu fairen Löhnen, muss SPD wählen.**
- **Wer starke Arbeitnehmerrechte will, funktionierenden Kündigungsschutz und Mitbestimmung, muss SPD wählen.**
- **Wer die Gleichberechtigung von Männern und Frauen praktisch durchsetzen will, muss SPD wählen.**

- **Wer Kinderarmut entschlossen bekämpfen und Alleinerziehende besser unterstützen will,
muss SPD wählen.**
- **Wer eine verlässliche Altersvorsorge und die echte Teilhabe älterer Menschen will,
muss SPD wählen.**
- **Wer will, dass die Lasten fair verteilt werden,
muss SPD wählen.**
- **Wer auch in Zukunft einen handlungsfähigen Sozialstaat will,
muss SPD wählen.**
- **Wer keine neuen Atomkraftwerke will,
muss SPD wählen.**
- **Wer Steuerhinterziehung nicht für ein Kavaliersdelikt hält,
muss SPD wählen.**
- **Wer auch in Zukunft sozialdemokratische Politik will,
muss SPD wählen.**
- **Wer für internationale Abrüstung und eine konsequente Friedenspolitik ist,
muss SPD wählen.**
- **Wer für globale Gerechtigkeit eintritt,
muss SPD wählen.**

Wir wollen am 27. September als stärkste Fraktion in den Bundestag ziehen. Deutschland darf nicht wieder von Schwarz-Gelb regiert werden. Unser Land braucht nicht die Rückkehr zum Alten, sondern den Aufbruch zum Besseren.

In einer Koalitionsregierung wollen wir unsere sozialdemokratischen Inhalte durchsetzen. Dies gelingt am besten in einem Regierungsbündnis mit den Grünen. Falls eine Dreier-Koalition notwendig wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet, die anstehenden Aufgaben – Arbeit schaffen, soziale Sicherheit garantieren, gesellschaftlichen Fortschritt gestalten – erfolgreich anzupacken.

Die Große Koalition von SPD, CDU und CSU ist in der Demokratie der Ausnahmefall und sollte es bleiben. Darum streben wir kein neues Bündnis mit der Union an. Wenn andere Konstellationen aber nicht möglich sind und unserem Land die Regierungsunfähigkeit droht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Verantwortung kennen und danach handeln.

Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten.

Wir sind für die kommenden Jahre gut gerüstet. Mit frischen Ideen und Mut zum Handeln.

**Und wir haben den besseren Kanzler:
Frank-Walter Steinmeier.**

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Artikel-Nr.: 390 15 25

Druck:braunschweig-druck GmbH, 38112 Braunschweig, Ernst-Böhme-Str. 20

www.spd.de

www.wahlkampf09.de

